

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 60 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 40  
Telephon Nr. 624.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf. auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 78.

Montag, den 2. April 1917.

24. Jahrg.

## Eine nächste Forderung der Neuorientierung.

Von Eduard David, M. d. R.

Der Reichskanzler hat in der denkwürdigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 14. März treffliche Worte gesprochen. Er hält eine freihetliche Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens für notwendig und will sein Lehnteres daran geben, sie durchzuführen. Die Linke hat ihm lebhaften Beifall gezollt, und die überwältigende Mehrheit des Volkes, in der Heimat wie in den Schützengräben, wird sich dem anschließen. Wie erst würde man jubeln, wenn statt der bloßen fortschrittlichen Verheißung die Kunde von entsprechenden Taten käme! Sie allein können den Wurm des Mißtrauens töten, der sich immer wieder regt und die Entfaltung stärkster Volkskräfte hindert.

Herr v. Bethmann-Hollweg will die preußische Wahlreform erst nach dem Kriege bringen. Er fürchtet, daß sie schwere innere Kämpfe auslösen werde, die aber will er vermeiden, solange wir noch vom Feinde von außen bedrängt werden. Gewiß ist das ein Grund, der sächliches Gewicht hat, durchschlagend ist er jedoch nicht. Eine rasche Kühne Tat noch während des Krieges würde voraussichtlich weniger Kämpfe zur Folge haben, als eine spätere langwierige Prozedur.

Aber, wenn schon der preußische Ministerpräsident sich zurzeit nicht an die Hochburg der preußischen Reaktionäre herantraut, so sollte wenigstens der deutsche Reichskanzler im Reich gleich einige Schritte vorwärts tun. Auch da gibt es ein altes Wahlrecht, das schleunigst hinweggeräumt werden sollte. Es ist eine Legende, daß das geltende Reichstagswahlrecht ein gleiches sei. Es ist im höchsten Maße ungleich.

Nach der Volkszählung von 1910, die der Wahl von 1912 zugrunde lag, hatte der Wahlkreis Teltow-Beesow-Charlottenburg 1 315 601 Einwohner mit 339 256 Wahlberechtigten, während der Wahlkreis Schaumburg-Lippe nur 46 652 Bewohner mit 10 709 Wahlberechtigten zählte. Diese beiden Extreme zeigen, wie weit sich infolge der Bevölkerungsmehrung seit 1869 das Reichstagswahlrecht von dem Zustand annähernder Gleichheit entfernt hat. Der Bewohner von Schaumburg-Lippe genießt eine 28mal so große Portion Reichstagswahlrecht, als der Bewohner von Charlottenburg.

Der zweitgrößte Wahlkreis ist Berlin 6 mit 865 637 Bewohnern und 219 782 Wahlberechtigten. Dann folgen Bochum-Gelsenkirchen und Hamburg 3 mit über 700 000, Duisburg-Mülheim mit über 600 000, Niederbarnim, Leipzig-Land, Eßen, Dortmund, München 2, Berlin 4 mit über 500 000 Einwohnern. Ueber 400 000 Bewohner zählten die Wahlkreise Düsseldorf, Rattowitz, Reddinghausen und Beuthen, über 300 000 Hannover-Linden, Kiel, Chemnitz, Nürnberg, Köln-Land, Dresden-Land, Frankfurt a. M., Elberfeld-Barmen, Dresden rechts, Berlin 2. Weiter 46 städtisch-industrielle Kreise haben eine Bewohnerzahl zwischen 2—300 000.

Diesen weit über die Normalgröße angewachsenen Bezirken stehen 64 das Normalmaß nicht erreichende Wahlkreise gegenüber, und zwar 29 mit 99—90 000, 16 mit 89—80 000, 9 mit 79—70 000, 8 mit 69—60 000 und 2 mit weniger als 60 000 Bewohnern. Es sind zumeist vorwiegend ländliche Bezirke. Als fremdartiger Vogel befindet sich aber auch Berlin-Zentrum mit 65 000 Bewohnern darunter.

Wie diese Ungleichheit parteipolitisch wirkt, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß bei der Wahl 1912 die Konservativen die ihnen im ersten Wahlgang zugefallenen 27 Mandate mit 306 381 Stimmen eroberten, während die fast gleiche Stimmenzahl (306 265), die die sozialdemokratische Partei in den beiden Reihenwahlkreisen Teltow-Beesow und Berlin 6 erhielten, ihr nur 2 Mandate einbrachte.

Außer der Sozialdemokratie sind die Volkspartei, die Nationalliberalen und im Westen und Süden auch das Zentrum an der Vermehrung der Mandate für die städtisch-industriellen Bezirke interessiert.

Die ganze Frage ist aber natürlich nicht vom parteipolitischen Interesse aus zu entscheiden. Das Unrecht, das hier vorliegt, trifft die städtisch-industrielle Bevölkerung als solche. Der 1911 in Bosen tagende dritte Deutsche Städtetag nahm nach einem Referate des Magistratsrats Dr. Merkt-München nachstehende Erklärung an:

Der Deutsche Städtetag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die jetzigen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Reichstag für die an Einwohnerzahl stark gewachsenen Wahlkreise, insbesondere solche mit städtischer Bevölkerung, eine durch aus ungenügende Vertretung mit sich bringen, und erklärte, daß dieser Zustand zwingend der Abänderung bedürfe und ersucht demgemäß die Reichsregierung um Abhilfe.

Die Reichsregierung hat diesem Ersuchen, sowie allen das gleiche Ziel erstrebenden Anregungen von sozialdemokratischer Seite vor dem Kriege ein Nein entgegengesetzt. Sie fand damit den Beifall der Reaktionäre aller Farben. Man liebte es, bei dieser Gelegenheit auf die „Minderwertigkeit“ der städtisch-industriellen Bevölkerung in Sachen der Wehrhaftigkeit hinzuweisen. Heute wird niemand mehr wegen mit diesem Argumente den ungeradeiten Zustand gerechtfertigt.

Dieser Krieg hat einen neuen Begriff der Wehrhaftigkeit geschaffen. Nur ein industriell hoch entwickelter Staat ist imstande, den technischen Apparat zu schaffen, zu erhalten und zu bedienen, den die moderne Kriegsführung erfordert. Wo wäre Deutschland ohne seine Industriebevölkerung in diesem Kriege geblieben! Die Bevölkerung der großen Städte und Industriezentren hat Ungeheures an Kriegseinstellungen vollbracht. Wenn die allgemeine gleiche Wehrhaftigkeit die Grundlage für das allgemeine gleiche Wahlrecht bildet, mit welchem Schein von Recht kann man ihr noch länger eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstage vorenthalten!?

Nach der letzten Volkszählung (1910) ergab sich eine Gesamtwahlerschaft von rund 14 400 000 Personen. Davon entfielen 5 980 000 Wähler (= 41 Prozent) auf die großstädtischen Bezirke mit 91 Mandaten, während die auf ausgesprochen ländlichen Wahlkreise fallenden 5 277 000 Wähler (= 37 Prozent) 2 12 Mandate erhielten. Hier ist die nächste „Neuorientierung“ eine vaterländische Ehrenpflicht!

Zudem ist diese „Neuorientierung“ nichts weiter als die endliche Erfüllung eines bereits gesetzlich anerkannten Anspruchs. Im § 5 des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 heißt es:

„In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gegeben hat, ein Abgeordneter gewählt. . . . Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“

Nahzu ein halbes Jahrhundert ist verfloßen, und noch harret die städtische Bevölkerung auf die Durchführung dieser Bestimmung. Nun aber ist es Zeit, das ihr gesetzlich zustehende Recht endlich in die Praxis zu überführen.

Man mag darüber streiten, ob es ratsam ist, bei der durchschnittlichen Seelenzahl von 100 000 für den Wahlkreis

zu bleiben. Es gäbe bei 70 Millionen Einwohnern 700 Abgeordnete. Das wäre vielleicht ein zu schwerfälliger Apparat. Will man ihn vermeiden, so bleibt die Erhöhung der Durchschnittszahl auf 150 000 für den Wahlkreis als Ausweg. Das ergebe zurzeit etwa 470 Sitze, die sich mit dem Wachstum der Bevölkerung auf 75 Millionen auf 500 Sitze vermehren würden. Das wäre durchaus keine übermäßige Stärke des deutschen Reichsparlaments. Das italienische Parlament zählt 508, das österreichische 516, das französische 584 und das englische 670 Abgeordnete. Mit der Einführung des Proportionalwahlrechts wäre die genaue und dauernde Anpassung an die Bevölkerungsbewegung am leichtesten zu erreichen.

Glaubt man aber eine so durchgreifende Umgestaltung, wie sie die Neuerteilung sämtlicher Wahlkreise oder die allgemeine Einführung des Proportionalwahlrechts bedeutet, während des Krieges nicht durchführen zu können, dann ersieht wenigstens die rasche Durchführung einer provisorischen Neuordnung geboten, die das schlimmste Unrecht noch vor der nächsten Wahl beseitigt. Man vermehre die Mandate aller über 200 000 Bewohner zählenden Wahlkreise, sodaß auf jedes volle Hunderttausend ein Abgeordneter entfällt. Das ergebe ein Mehr von etwa 115 Abgeordneten für die großen städtisch-industriellen Bezirke, also eine Zulage, die den Vorprung der ländlichen Wahlkreise noch keineswegs einholt. Aber durch dieses Spielend leicht durchzuführende Provisorium wäre wenigstens verhütet, daß die nächste Wahl noch einmal im Zeichen der krassen Ungleichheit sich vollzieht.

Niemand, dem es Ernst ist mit der Anerkennung der reichsbürgerlichen Gleichberechtigung von Stadt und Land, kann dieser gerechten Forderung widerstreben. Ihre Erfüllung würde eine der unnötigen Schärpen im innerpolitischen Kampfe beseitigen. Nur wenn gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen, kann das Zusammenwirken der Glieder eines Volkes höchste politische Kultur zeitigen.

## Rußland und die Mittelmächte.

Der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei hat gestern an den Minister Stauning in Kopenhagen folgendes Telegramm gesandt:

Die russischen Sozialisten in Kopenhagen übermittelten uns eine Friedensfundgebung, in der sie die Erwartung aussprechen, daß jede Einmischung in die Entwicklung der russischen Revolution von uns scharf bekämpft werde.

Die Sozialdemokratie Deutschlands befindet sich in völliger Uebereinstimmung mit dieser Kundgebung, sie hat sich bei den letzten Reichstagsverhandlungen entschieden in diesem Sinne betätigt. Auch die übrigen Parteien und die Reichsregierung haben sich im Reichstag energisch gegen jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht zugleich das russische Proletariat zu den Erfolgen auf dem Wege zur politischen Freiheit. Sie hat den dringenden Wunsch, daß die politischen Fortschritte des russischen Volkes dazu beitragen mögen, der Welt bald den Frieden zu sichern, für den die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges gekämpft hat.

Wir bitten, diese Mitteilung im „Sozialdemokraten“ zu veröffentlichen und weiter zu telegraphieren an Tschaidje, Duma, Petersburg.

Partei-vorstand: Ebert.

Der österreichisch-ungarische Minister des Innern, Graf Czernin, hatte eine Unterredung über die politische Lage mit einem Vertreter des Wiener „Freundenblattes“. Wenn wir auch im allgemeinen von derartigen Interviews keine Notiz nehmen, so möchten wir doch in diesem Falle der Bedeutung der Sache wegen eine Ausnahme machen. Die Unterredung nahm folgenden Verlauf:

Frage: Welchen Ausgang dürfte die russische Revolution nehmen?

Antwort des Ministers: Auf Prophezeiungen kann ich mich nicht einlassen. Wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie ebenso wie die Entente, jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen können, dann wird diese entsetzliche Menschenschänderei ihrem Ende entgegengehen. Wir sind nicht zu verzweifeln, aber wir wollen auch nicht vernachlässigen. Unsere Fronten sind härter denn je, unsere wirtschaftliche Lage ist gefährdet, wir können und werden durchhalten. Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit der die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichern ihnen den Enderfolg. Nicht den oberen Landenden, sondern

dem Mittelstande und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Entbehrten, gebührt das größte Verdienst. Gut ab von den Millionen, die im Schützengraben oder daheim auf dem Schlachtfelde der Arbeit die täglichen Entbehrungen ohne Murren ertragen! Gut ab vor ihrer Größe und Kraft! Der Tag wird kommen, da die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden.

Frage: Halten Sie den Vorschlag zur Beilegung einer Friedenskonferenz durch alle kriegführenden Staaten noch wie vor aufrecht?

Antwort des Ministers: Gewiß, ich sehe nur diesen Weg, um zu einem allgemeinen Ende zu kommen. Für jene, die den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammenritt einer Konferenz keine Abänderung. Während dieser Tage kann ja der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können die Hunderte von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und die ein unzerstörbares Ganze bilden, gelöst werden. Wir besitzen weite Territorien unserer Feinde, sie ausgedehnte Gebiete von uns. Auf dem Meere kämpft die Blockade unserer Feinde gegen den Unterseebootkrieg, alle internationalen Verträge sind zerrissen; es ist unmöglich, einzelne dieser Fragen, herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen zu lösen. Der Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen. Erweist die Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, so geht der garnicht unterbrochene Krieg eben weiter.

Frage: Und wäre es nicht möglich, den allgemeinen Rahmen unserer Friedensbedingungen zu verfeinern?

Antwort des Ministers: Das ist ja bereits geschehen. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie und ungehinderte Entwicklung der Monarchie ist. Garantien für unsern Bestand und unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen, sobald sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts im Wege.

Diese Auslassungen finden lebhafteste Unterstüzung in den deutschen hochpolitischen Kreisen. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

„Aus deutschen politischen Kreisen erfahren wir folgende Stellungnahme zu der heute hier bekanntgewordenen Unterredung, die der österreichisch-ungarische Minister des Innern, Graf Czernin, gestern dem Chefredakteur des „Freundenblattes“ gewährt hat: „Wir begrüßen mit Freuden die offenen und freimütigen Äußerungen des bewährten Leiters der österreichisch-ungarischen Politik. Sie werden zweifellos in hohem Maße dazu beitragen, die von unseren Feinden in leicht erkennbarer Absicht in diesen Tagen immer wieder in die Welt gesetzten Gerüchte zu zerstreuen, daß die Zentralmächte ein Interesse an der russischen Reaktion zu nehmen gewillt



keiten und ihr wieder zur Macht verhelfen wollen. Graf Czernin schließt sich also eng an die am Tage vorher im Reichstage gehaltenen Äußerungen des Reichskanzlers an, der in Bezug auf Rußland sagte: „Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit Rußland zu leben, in einem Frieden, der bald auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.“ Somit ist es nun an Rußland, eine Antwort auf diese klaren, unzweideutigen Äußerungen des deutschen und des österreichisch-ungarischen Staatsmannes zu geben. Was Graf Czernin am Schluß der Unterredung über seine allgemeine Vereinfachung erklärt, in Verhandlungen für einen ehrenvollen Frieden einzutreten, sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen und ihrerseits bereit sind, eine Friedenskonferenz zu beschließen, deckt sich gleichfalls grundsätzlich mit dem allgemeinen Wunsch des deutschen Volkes. Aber auch hier können wir aufrechten Hauptes und ruhigen Sinnes das Angebot unserer Gegner, denen ja schon seit dem 12. Dezember unsere Ansichten bekannt sind, abwarten. Ungebrochen und härter als je an allen Fronten, in harter, aber gefähter Arbeit dahinein können und werden wir, wie Graf Czernin sagte, durchhalten bis ans Ende, bis zum ehrenvollen Frieden, der wirklich die ungeheuren Opfer wert ist, die wir gebracht haben.

Manches wäre über den letzten Satz zu sagen; glaubt man denn z. B. wirklich, daß uns die ungeheuren Opfer, die Deutschland gebracht hat, ersetzt werden können und will man wirklich so lange kämpfen? Wir wollen heute aber nicht weiter auf diese Fragen eingehen.

Im ungarischen Abgeordnetenhause wurde seitens der Opposition ein von allen anwesenden Abgeordneten der Opposition, darunter Graf Apponyi, Madar Zichy, Michael Karolyi, Bajlonyi, Julius Tullh, Stefan Rakosky usw. unterfertigter Antrag eingebracht: Das Haus möge erklären, unser Land und unsere Monarchie hat nicht dem russischen Volke, sondern dem russischen Absolutismus den Krieg erklärt. Wenn uns auch heute das Ringen der Waffen die russische Armee als Gegner gegenüberstellt, so ist es doch unser ehrlicher Wunsch, daß das russische Volk unter allen Umständen im Genuße der erkämpften verfassungsmäßigen Freiheiten verbleibe. Als verfassungsmäßige Vertreter der ungarischen Nation vernahmen wir uns gegen die im Auslande verbreiteten tendenziösen Voraussetzungen, als ob die Waffen des für seine verfassungsmäßigen Freiheiten kämpfenden ungarischen Volkes irgendeinmal dazu verwendet werden könnten, daß in Rußland die Willkürherrschaft wiederhergestellt werde.

Ueber die Vorgänge in Rußland liegen heute Nachrichten vor, die darauf schließen lassen, daß die neue Regierung sich nun so sehr im Sattel fühlt, daß sie glaubt, der Arbeiterklasse die Reichssteuer geben zu können. Nach einer in Kopenhagen eingetroffenen Meldung aus Petersburg hat die neue russische Regierung bereits den Schriftleiter des neuen sozialistischen Blattes „Pravda“ verhaften lassen wegen zu weitgehender Ansprüche an die Regierung zugunsten der Arbeiter. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Regierung nun glaubt, so festen Fuß gefaßt zu haben, um tatkräftiger gegen die ängstliche Elite vorgehen und deren lästige Opposition zum Schweigen zu bringen.

Nach die propagandistische Arbeit wird von der neuen Regierung nun nach bestem Wissen des alten Regimes fortgesetzt. Es werden nach einer anderen Meldung in Pskow täglich 40 bis 50 Perlonen verhaftet, die, als Soldaten oder Offiziere verkleidet, verdächtig seien, unter den Soldaten für das alte Regime Propaganda zu machen.

Auf diese Weise werden Mißfatum und Genossen bald eine Entscheidung herbeiführen, ob sie oder die radikalen Elemente die Führung haben sollen.

Zwischen nehmen die Friedensdemonstrationen zu. Aus Anlaß der Bekämpfung von Opfern der Petersburger Revolution — deren Zahl mit 3729 Toten und Verwundeten angegeben wird — fand in der Hauptstadt eine große Friedenskundgebung statt, an der ca. 25000 Personen teilnahmen. Als der Handelsminister aus diesem Anlaß die Arbeiter aufforderte, die Ordnung nirgends zu stören, entgegnete ein Vertreter aus den Fabrikwerken, daß das Volk die Arbeit der Regierung, soweit sie wirklich die Interessen des Volkes betreffe, nicht nur nicht stören, sondern fördern wolle. Das Interesse des Volkes verlange es, daß die Regierung so bald wie möglich zur Beendigung des Krieges schreite. Sollte die Regierung sich weigern nach diesen Direktiven des Volkes zu arbeiten, dann müsse das Volk selbst eingreifen, um seine Interessen zu wahren.

Demgegenüber demonstrierten angeblich zehntausende von Soldaten der Petersburger Garnison für den Krieg bis zum endgültigen Siege. — Das es unter den russischen Soldaten auch solche Kräfte gibt, ist erklärlich; daß die Zahl dieser aber, die sich für die imperialistischen Ziele der Miljutow und Konforten totschlagen lassen wollen, auf zehntausende beschränkt, glauben wir nicht. Hier war wohl der Wunsch des Vater des Gedankens.

Am Schluß sei noch folgende Nachricht aus Stockholm wiedergegeben: Die Verhandlungen zwischen der provisorischen Regierung und dem Auslaß der Arbeiter und Soldaten nahmen am 27. März ihren Fortgang. Der Gegenstand der Verhandlungen war hauptsächlich die Frage der Beendigung des Krieges. Von der Regierung wurden die Bedingungen durch den General Kornilow gestellt. Dieser verlangte dem Auslaß der Arbeiter zu erbringen, daß die Deutschen an der (russischen) Nordwestfront große Vorbereitungen treffen, um eine Offensive gegen Petersburg einzuleiten. Der General machte auf eine Forderung aus der Versammlung darauf aufmerksam, daß die in den letzten Tagen vorgenommene Konzentration von Truppen im Militärbezirk Petersburg, als Vorbereitungsmaßnahme gegen eine allfällige Offensive gegen die russische Hauptstadt zu betrachten sei und nicht, wie von überwallender Seite hingestellt wurde, als ein Druck auf die Arbeiterklasse von Petersburg auszuüben. Der General meinte, daß mit dem Vordringen der Deutschen gegen Petersburg die neue russische Freiheit ausserhalb bedroht werde. Es sei deshalb die heiligste Pflicht der russischen Arbeiter, für die Versorgung der Front zu sorgen. Die Verhandlungsverhandlung der Front sei nicht gerade glanzvoll, eine feindliche Offensive würde bei den ungenügenden Konzentrationen große Opfer fordern. Jeder weitere Fortschritt in den Petersburger Verhandlungen würde das Leben tausender russischer Soldaten. Die Verantwortung hierfür würde den Petersburger Arbeiter und Soldaten zuzurechnen treffen. Der Arbeiterauslaß gab darauf eine Erklärung ab, daß die russische Arbeiterklasse zur Verteidigung der gemeinsamen Freiheit und zur Verteidigung des Landes gegen jeden Feind bereit sei, sie lehne es aber ganz entschieden ab, der Fortführung eines Krieges zuzustimmen, der Übertragen in

Augen habe. Das russische Volk werde sich auch nicht dazu hergeben, irgend welche Völker, die in anderen Staatenverbänden lebten, zu „befreien“. Wenn diese Völker den Wunsch auf Befreiung haben, so sollten sie selbst zu ihrer Befreiung schreiten. Es gelang nicht, den Auslaß zu einer direkten Mitarbeit mit der provisorischen Regierung zu bewegen.

## Vom Tage.

Im Ypern- und Wytschaete-Bogen war die Artillerietätigkeit lebhaft. Verschiedene deutsche Patrouillen-Unternehmungen wurden erfolgreich durchgeführt, englische dagegen abgewiesen. Die Verluste der Engländer bei dem verunglückten Angriff in der Gegend von Loos haben sich als außerordentlich schwer herausgestellt. Der englische Angriff gegen das Dorf Henin sur Cujuel wurde in den Morgenstunden des 31. März von acht Bataillonen unternommen. Er scheiterte, ebenso wie die abendlichen Angriffe östlich Kockincont und westlich Angres. Die Engländer erlitten dabei vor allem durch das gut liegende deutsche Artilleriefeuer empfindliche Verluste. In der Champagne sind die am 28. März von den Deutschen besetzten Gräben südlich Ripont fest in deutscher Hand. Die Eisenbahn-Verbindung von 31. März 4,30 Uhr nachmittags von der Rückeroberung durch die Franzosen und nun vergeblichen deutschen Gegenangriffen beruht auf freier Erfindung.

Die Lebensmittelschwierigkeiten infolge der Transportkrisis häufen sich jetzt auch in Frankreich. In der Kammer wurde darauf hingewiesen, daß das Getreide mit dem Moment knapp geworden sei, wo man die Brotkarte eingeführt hätte. Durch Erhöhung des Höchstpreises für Getreide von 33 auf 40 Franken hoffte man, die Bauern zur Herausgabe des Getreides zu bewegen. Diese Differenz trage die Staatskasse. Wenn trotzdem der Preis für das Kilo Brot um 25 Centimes erhöht werde, so geschähe es vornehmlich, um die Broterzeugung zu verhindern. Ferner werde das Einheitsbrot eingeführt und der Verkauf von feinen Zuckerbäckereiwaren verboten. Bezüglich der Schwierigkeiten der Brot- und Milchversorgung werde man für ganz Frankreich gültige Höchstpreise festsetzen und nötigenfalls Maßnahmen gegen die Preisstrebereien ergreifen. Zum Zeichen, wie ernst die Lage geworden ist, führte der Verkehrsminister Viollette an, daß in normalen Zeiten für den täglichen Verkehr 70000 Eisenbahnwagen zur Verfügung ständen, während augenblicklich nur 12000 dafür dienen. Bei dem Bedarf des Militärkommandos könne sogar die Zahl noch herabgesetzt werden. Alle diese Einzelheiten müsse das Land wissen, um einigermaßen verstehen zu können, wie schwer es für die Regierung sei, die Transportkrisis zu lösen. — Vorher hatte der Deputierte Caubin angefragt, wie es mit der Versorgung von Paris, besonders mit Milch und Kartoffeln bestellt sei; er wolle die Wahrheit wissen. Ihm wurde erwidert, die Kartoffeln sollten, abgesehen von 150000 Doppelzentnern für die Armee, nicht mehr beschlagnahmt werden. Gegen die Spekulation und das Hamstern seien Maßnahmen getroffen worden. Bezüglich des Getreides solle eine zwangsweise Bestandsaufnahme durchgeführt werden, um die verfügbare Menge festzustellen.

Der neue schwedische Ministerpräsident Swartz erklärte, daß die neue Regierung alles daransetzen werde, um die Streikregelung des Landes in den Weltkrieg zu versetzen; das solle geschehen durch eine unparteiische Neutralitätspolitik, wie sie bereits von dem bisherigen Ministerium befolgt worden sei.

Die von uns gemeldeten Vorgänge in Spanien lassen darauf schließen, daß dort eine sehr gespannte Lage herrscht. In einer offiziellen Note zur Aufhebung der Versaffungsgarantien erklärte die Regierung, daß die ergriffenen Maßnahmen einzig bezwecken, die Unrechtserhaltung der öffentlichen Ordnung zu garantieren und die Vorbereitungen zu einem Generalstreik unmöglich zu machen. Das Madrider Arbeiterheim ist polizeilich gesperrt. — Nach einer anderen Meldung werden die Unterzeichner eines Arbeitermanifestes wegen Unmüßigkeit handreißlich verhaftet. Man will also die aufstrebende Arbeiterklasse mit Gewalt unterdrücken, um „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen.

## Von den Kriegsschauplätzen.

### Die Kriegslage.

313. Straßes Hauptquartier, 1. April. (Amstsch.)

#### Schlesischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Oss und Arras sind in breiter Front gefährliche Vorstöße deutscher Erdbombardementanlagen gescheitert. Infolge wehrerter Bombardements auf das von uns gehaltenen Dorf Henin sur Cujuel (südlich von Arras) wurden abgewiesen.

Zwischen der Straße von Veronne nach Gangevaucourt und der Rückeroberung des Duigen-Bogens haben die Engländer in verlustreichen Gefechten ihre Linie um 2 bis 3 Kilometer vorgezogen.

Wegen der von Seiten nach Nordosten führenden Straße haben unsere Batterien und Maschinengewehre beim Vorgehen und Zurückziehen französischer Angriffstruppen, die dabei Verwundete erregten, schwere Ziele.

Eigener Erdbombardement südlich von Reims brachte uns ohne Verlust eine Anzahl Gefangener.

Sehr viele verletzten feindliche Abteilungen südwestlich von Combray, östlich von St. Mihiel und im Pargny-Bogen in unsere Gräben zu bringen; sie sind aus allen sofort vertrieben worden.

#### Deutscher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

#### Russischer Front.

Die Lage ist unverändert.

Unsere Flieger brachte zwei Feindballons kreuzend zum Abgang und bewachte Truppenlager im Cerno-Bogen mit Kanonen mit Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubenski.

313. Berlin, 1. April, abends. (Amstsch.)

Anger Zusammenstoß bei Combray (südlich der Somme) und südlich von Combray le Chateau, in Westen und im Osten keine wesentlichen Ereignisse.

Wien, 31. März. (Amstsch.)

#### Deutscher Kriegsschauplatz.

In der südlichen Front sind unsere Artillerie bei glänzender Leistung der feindlichen Verteidigungsanlagen 2 Divisionen, 20 Bataillone und 1 Maschinengewehr aus der russischen Front. In Ostpreußen und Westpreußen sind feindliche Truppen und Artillerie in großer Zahl abgewiesen.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Durch glänzende Unternehmungen unserer Alpenkorps und Gebirgsartillerie wurden am 31. März in beiden Fronten

genen Mächten an einigen Stellen der südländischen Front lebhaftere Gefechtsaktivität. Unsere Truppen brachten 25 Gefangene und 1 Maschinengewehr ein. Angriffsbewegungen der Italiener westlich von Jamiano und südlich von Biglia scheiterten in unserem Feuer. Also wurde neuerdings beschaffen, die evangelische Kirche stark beschädigt.

#### Südbölicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Wien, den 1. April. (Amstsch.)

#### Deutscher und südbölicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Beute aus dem Kampf südlich von Biglia hat sich auf 12 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer erhöht. Südlich des Stiffner Joches wiesen unsere Truppen einen feindlichen Angriff im Ursprungsgebiet des Val bei Vitelli ab.

## Der Seekrieg.

### Ein neues Kapererschiff.

Ein Telegramm aus Rio de Janeiro besagt: Die französische Bark „Cambroune“ ist mit 200 englischen, französischen und italienischen Matrosen angekommen, die zu den Besatzungen von Schiffen gehören, die von einem deutschen Schiff bei Trinidad versenkt worden sind. Dieses Schiff wird als Segelschiff mit Gasolin-Maschine geschildert.

Neuer meldet hierzu: Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro ist die „Cambroune“ am 7. März dem deutschen Schiff in 21 Grad westlicher Länge und 7 Grad nördlicher Breite begegnet. Das Schiff hatte Minen an Bord, woraus sich erklärt, daß in der letzten Zeit so viele Schiffe an der brasilianischen Küste vernichtet wurden, und war außerdem mit zwei 105-Millimeter-Kanonen und sechzehn Maschinengewehren bewaffnet. Das Schiff hatte drei Masten und eine drahtlose Station. Kommandant war Graf Vidner. Nach Ausfragen der in Rio gelandeten Mannschaften ist das Schiff am 22. Dezember unter Eskorte eines U-Bootes von Deutschland abgefahren. Es hieß „Seeadler“ und hatte Proviant für 18 Monate und einen großen Vorrat von Munition an Bord. Wenn ein Handelsschiff in Sicht kam, wurde die norwegische Flagge gehißt. Sie wurde durch die deutsche Kriegsflagge ersetzt, sobald die Boote nahe genug gekommen waren. In den Grund geholt sind u. a. folgende Schiffe: „Gladys Rouse“ (3268 To.), „Charles Gounod“ (3100 To.), „Rochefoucauld“ (3150 To.), „Rohangoth“ (5500 To.) und „Sogarth 1231 To.). Das letztgenannte Schiff hatte versucht, zu fliehen, hatte sich aber schließlich ergeben, nachdem vier Mann der Besatzung verundet worden waren.

Unter den an der brasilianischen Küste versenkten Schiffen befinden sich nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro ferner folgende Schiffe: „Antoine“ (4000 To.), „Sulvia“ (3000 To.), „Ladby Island“ (4550 To.).

### Die Lebensmittelschiffe für Belgien.

Amstsch wird gemeldet: Die Ankunft von Lebensmitteln für die belgische Unterstüßungskommission in Rotterdam ist vor Mitte Februar 1917 zum Stillstand gekommen. In den englischen Häfen liegen fünfzehn für die Kommission bestimmte Schiffe mit rund 70000 bis 80000 Tonnen Lebensmitteln. Die englische Regierung benachrichtigte durch Vermittlung des neutralen Auslandes die deutsche Regierung, daß sie diese Schiffe würde entladen lassen, wenn nicht bis zum 2. März 1917 von der deutschen Regierung Auslaufen und Überfahrt nach Rotterdam durch den Kanal gestattet und sichergestellt würde. Daraufhin hat die deutsche Regierung die Überfahrt der Schiffe sichergestellt unter der Bedingung, daß vorher genaue Angaben über die Anzahl und Namen der Schiffe, sowie über deren Ladung und Diebstahlsrisiko gemacht würden, ein Verlangen, das nicht nur in der derzeitigen Art der Seekriegsführung, sondern auch darin seine volle Begründung findet, daß eine Garantie für die sichere Überfahrt der Schiffe nur dann übernommen werden kann, wenn den deutschen Seestreitkräften die vorerwähnten genaueren Angaben vorher zugänglich gemacht werden können. Dem Verlangen ist bisher nur für vier Schiffe der Hilfskommission entsprochen worden. Hinsichtlich dieser Schiffe ist der Kommission sofort bekannt gegeben worden, zu welcher Zeit und auf welchem Wege sie sicher nach den Niederlanden gelangen können. Im übrigen lehnte die englische Regierung es ab, diese Angabe zu machen. Die deutsche Regierung ist daher nicht in der Lage, die geringste Sicherheit zu gewährleisten, und lehnt die Verantwortung für das weitere Schicksal jener Schiffe, ihrer Ladung und die weiteren Folgen ab, es sei denn, daß die über diese Frage neu aufzunehmenden Verhandlungen die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluß führen sollten.

### Norwegischer Einspruch gegen die Eismeerperre.

Im norwegischen Storting wurde interpelliert wegen der deutschen Eismeerperre, durch die besonders der Fang von Seehunden betroffen werde. Eine Einweisung dieses Fanges würde einen Verlust von 23 Millionen Kronen bedeuten. Eine Fischergesellschaft von 250 Schiffen mit 2500 Fischern würde außer Verdienst gesetzt sein. Der Minister des Innern, Ohlen, antwortete: Die norwegische Regierung hat bei dem deutschen Gesandten Protest gegen die deutsche Eismeerperre eingelegt. In dem Protest wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Fänge in Finnmarken außerhalb der territorialen Gewässer vor sich gehen müßten und daß die norwegischen Hoheitsrechte bis vier Seemeilen von der Küste entfernt reichen.

## Die Kämpfe im Orient.

### An der Sinai-Front

haben die Türken den Engländern eine erhebliche Schluppe beigebracht. Die türkischen Truppen schlugen die Engländer bis südlich Wadi Gara, 7 Kilometer südlich Gaza, zurück. Über den weiteren Verlauf der Dinge meldet der türkische Heeresbericht vom 31. März: Die Nachhut der Engländer sind augenblicklich mit der Verhinderung ihrer Stellungen beschäftigt. Durch Beobachtung unserer Flieger wurde festgestellt, daß zahlreiche englische Fuhrwerk-Abteilungen sich in südwestlicher Richtung zurückziehen. Nach den jüngsten Nachrichten über den Kampf bei Gaza zeichnete sich außer unserem früher genannten 125. Regiment unser 79. Regiment ebenfalls in bemerkenswerter Weise aus. Bei der Aufklärung des Schlachtfeldes stellte sich heraus, daß die Engländer über 3000 tote



zurückgelassen hatten. Wie gemeldet, sind bis jetzt 150 verwundete Engländer in einem einzigen unserer Hospitäler eingeliefert worden; weitere werden noch immer eingebracht. Die Zahl der erbeuteten Maschinengewehre erhöhte sich auf zwölf, der Schnelladegewehre auf zwanzig. Die Gefangenen sagen aus, daß die Engländer auf große Schwierigkeiten in der Verpflegung und Wasserbeschaffung stießen.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Amerika zum Kriege bereit.

Das Kabinett hielt noch eine letzte Sitzung vor der Sonder-session des Kongresses am Montag ab. Bei Schluß der Sitzung war in gut unterrichteten Kreisen der Eindruck allgemein, daß die Vereinigten bereit seien, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Es kann zuverlässig mitgeteilt werden, daß die amtlichen Kreise mit Rücksicht auf die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers keinen andern Weg für das Land offen sehen.

700 Mitglieder der Bemanningen der Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ und „Stiefel Friedrich“ sind unter Bewachung nach ihrem neuen Internierungsort Savannah (Atlanta) abgereist.

Die „Valler Nachrichten“ melden aus Rom: Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der spanische Botschafter in Rom auf Ersuchen des amerikanischen Botschafters dortselbst dem spanischen Botschafter in Berlin telegraphiert, daß alle amerikanischen Bürger sofort Deutschland verlassen sollen.

### Japanische Schiffe in mexikanischen Gewässern.

Aus New York wird gemeldet, daß in den mexikanischen Gewässern japanische Schiffe erschienen, angeblich zum Schutze japanischer Bürger im Falle eintretender mexikanischer Unruhen.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 2. April.

Der Palmsonntag ist der Tag der Schulentastereien. Mädchen und Knaben zeigen sich da erntemäßig im schwarzen Anzug oder im langen Kleide auf den Straßen und unterscheiden sich auch dadurch schon äußerlich von ihren bisherigen Schulkollegen. Gestern gehörte der Aufenthalt im Freien allerdings nicht gerade zu den größeren Annehmlichkeiten. Das Wetter war kalt und regnerisch und die Konfirmanden bekamen blauefrostene Hände. Doch das störte bei den meisten das Glücksgefühl, endlich der Schule entweichen zu sein, nur sehr wenig. Warum sollten sie auch nicht fröhlich sein; den Ernst des Lebens werden sie immer noch früh genug erkennen lernen.

Eine Kleiderordnung hat die Reichsbekleidungsstelle in Form von neuen Richtlinien für Bezugsleute herausgegeben, die vom 3. April ab maßgebend sein sollen.

Die Verteilung unserer Vorräte soll in Zukunft für ganz Deutschland einheitlich geregelt werden. Zu diesem Zweck ist eine Bestandsliste aufgestellt worden, die die für eine Person ausreichende Anzahl von Bekleidungsgegenständen genau angibt. So genügen für einen Herrn ein Werktag und ein Sonntagsanzug, ein Ueberzieher oder Umhang, zwei Arbeitsmittel, zwei Westen, zwei Arbeitsmäntel, zwei Berufsschuhe, ein Paar Winterhandschuhe und sechs Taschentücher, drei Ober-, drei Unter- und zwei Nachthemden, drei Unterhosen, vier Paar Strümpfe. Für Damen zwei Werktagskleider, ein Sonntagskleid, ein Kleiderrock, zwei Hüte oder Jachen, ein Mantel oder Umhang, ein Umhängekleid, ein Morgenrock, drei Schürzen, ein Paar Winterhandschuhe, sechs Taschentücher, vier Taghemden, drei Nachthemden oder Nachtsachen, vier Beinkleider oder Hemdhosen, drei Unterröcke, vier Paar Strümpfe, außerdem für beide Geschlechter je drei Paar Schuhe oder Stiefel, ein Paar Hauschuhe oder Pantoffel, drei Kissenbezüge, zwei Bettlaken, zwei Bettzüge, eine Woll- oder Steppdecke, drei Handtücher, zwei Küchens- oder Geschirrtücher, drei Staub-, Seifen- oder Schuerrücher.

Vor Anstellung eines Bezugscheines hat jeder Antragsteller seinen Bestand an Kleidung, Wäsche und Schuhen wahrheitsgemäß anzugeben. Bezieht er die vorerwähnte Anzahl von Gegenständen, hat er keinen Anspruch auf einen Bezugschein. Wenn die Bezugscheineinstelle Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit der mündlichen Angaben über den Bestand hat, ist der Antragsteller verpflichtet, einen Fragebogen auszufüllen und die Richtigkeit der gemachten Angaben durch Unterschrift zu bestätigen. Falsche Erklärungen werden mit schwerer Strafe geahndet.

Grundsätzlich soll die in den Bestandslisten angegebene Anzahl nicht überschritten werden. Nur in Ausnahmefällen, die durch die Berufstätigkeit begründet sind, darf in geringem Umfange über die vorgeschriebene Anzahl hinaus bewilligt werden. Bei Überlieferung und Schutzwert muß sich jedoch der Antragsteller einer Bezugscheineinstelle gegen Abgabe getragener Stücke hochwertiger Waren verhalten.

Um eine Verschwendung von Stoffen zu verhindern, Höchstmaße für Stoffe bestimmt worden. Jede Bezugscheineinstelle hat sich bei Ausfertigung von Bezugscheinen für Stoff nach einer Tabelle zu richten, die für die verschiedenen Kleidungsgegenstände und Stoffarten Höchstmaße enthält. Auf diese Weise soll eine möglichst einheitliche und glatte Mode geschaffen werden. So sollen künftig für Herrenkleidung durchschnittlich nicht mehr als drei Meter Stoff für einen Anzug verwendet werden. Bei fertiger Herrenkleidung soll der Umhang an den Beinkleidern, der Gürtel und die Rückenjacke am Ueberzieher weggelassen. Ebenso sind für Damenkleidung bestimmte Höchstmaße festgesetzt. Von den einheitlichen Normalmaßen darf bei besonders starken oder besonders großen Personen abgewichen werden.

Auch Reife- und Versandkollektionen sind von jetzt ab eingestrichelt. Von jeder Warenart darf nur die in einem besonderen Verzeichnis angegebene Stückzahl angefertigt werden. Reife- oder Versandkollektionen dürfen nur zusammengekauft werden, soweit sie zur Einholung von Bestellungen von Kunden, die nicht am Orte wohnen, dienen.

**Kunstbaumwolle.** Mit dem 1. April ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aller Art in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden sämtliche vorhandenen Kunstwollen und Kunstbaumwollen aller Art einschließlich farbiger, auch zusammengekaufter, aus gemischten und gewaschenen wollebenen und halbwoollenen Kunstwollen aus Abfällen der Textilindustrie und in Mischungen untereinander oder mit anderen tierischen oder pflanzlichen Spinnstoffen aller Arten beschlaggenommen. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch die Veräußerung und Lieferung, soweit es sich um Kunstwollen oder deren Mischungen mit anderen tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen handelt, an die Kriegsmüllbedarf-Vereinigung in Berlin und, soweit es sich um Kunstbaumwollen oder deren Mischungen mit anderen pflanzlichen Spinnstoffen handelt, an die Kriegsmüllbedarf-Vereinigung in Berlin erlaubt. Sollte die Veräußerung der beschlaggenommenen Bestände nicht bis zum 15. Mai 1917 an die vorhergenannten Stellen erfolgt sein, so haben die Besitzer mit der Entgegennahme zu rechnen. Die Verarbeitung der beschlaggenommenen Gegenstände ist lediglich der Kriegsmüllbedarf-Vereinigung sowie den Personen oder Firmen erlaubt, welche

## Der amtliche Kriegsbericht.

W. W. Großes Hauptquartier, 2. April. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Arras und Lisne haben sich gestern und erneut heute morgen Gefechte entsponnen, vornehmlich zwischen den von Bapaume, von Coivillers und bei Cambrai führenden Straßen, sowie auf beiden Sommeufiern westlich von St. Quentin. Engländer und Franzosen setzten starke Kräfte ein, die in unserer Artilleriewirkung mehrfach zurückstuteten und nur unter erheblicher Einbuße, auch von 50 Gefangenen und einigen Maschinengewehren, unseren beschlaggenähm ausweichenden Truppen Boden abgewannen.

Auch zu beiden Seiten des Dife-Lisne-Kanals und auf der Hochfläche von Vregny kamen französische Angriffe in der vollen Wirkung unserer mit dem Gelände bis ins einzelne vertrauten Batterien nur verlustlos und wenig vorwärts.

In der Champagne hielt das Vernichtungsgeschütz unserer Artillerie gegen die Bereitstellungsgräben einen Angriff der Franzosen gegen die Höhen südlich von Ripont nieder.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Düna wurden russische Vorstöße durch Feuer vereitelt. Westlich von Luel hielten bei Swinjuch unsere Sturmtruppen mehrere Gefangene aus feindlichen Gräben.

### Front des Generalobersten Erzherzog Josef

An der Rudowa, in den Waldkarpathen, zerstörten unsere Erkunder bei einer ihrer zahlreichen Streifen ein vom Feinde angelegtes Exerzimentfeld durch Sprengung.

Gegen die Grenzhöhen auf beiden Seiten des Ujtales setzten die Russen nach starker Artilleriewirkung zu einem Angriff in 7 Kilometer Breite an. Ihre Sturmwellen brachen in unserm Feuer, an einer Stelle im Nahkampf, zusammen. Kleinere Vorstöße seitlich des Hauptangriffs scheiterten gleichfalls.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madenien.

Nichts Neues.

### Mazedonische Front.

An der Seen-Enge Iteb ein feindlicher Erkundungs-vorstöß ergebnislos.

Südwestlich des Doiran-Sees drang ein Sturmtrupp in die englische Stellung, machte einen Teil der Besatzung nieder und kehrte mit mehreren Gefangenen zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

die Gegenstände von einer der beiden Gesellschaften zur Verarbeitung erhalten haben. Sind die Kunstwollen oder die Kunstbaumwollen oder die Stoffe, aus denen sie hergestellt sind, nach einem bestimmten Zeitpunkt aus dem Reichsauslande eingeführt worden, so sind sie von der Beschlagnahme ausgenommen. Gleichzeitig ist für alle Kunstwollen und Kunstbaumwollen, auch soweit sie von der Beschlagnahme nicht betroffen sind, eine Meldepflicht angeordnet worden, sofern die Gesamtmenge bei einer Person 100 Kilogramm betragen. Die Meldungen haben monatlich an das Reichsamt für den Handel in einer besonders vorgeschriebenen Weise zu erfolgen, und zwar die erste Meldung für den Bestand am 1. April bis zum 15. April. Ueber alle meldepflichtigen Mengen ist außerdem ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung erlassen, durch welche Höchstpreise für Kunstwollen aller Art festgesetzt werden. Dieser Bekanntmachung ist eine Ueberzichtstabelle beigelegt, aus der sich die verschiedenen Preise für die einzelnen Arten und Klassen der Kunstwollen ergeben. Der Wortlaut beider Bekanntmachungen ist in den amtlichen Zeitungen und bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Leder.** Am 1. April ist eine Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung vom 8. August 1916 betr. Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder in Kraft getreten, durch die der Verkehr mit den einer Gerberei, Zuchtstätte oder Gerbereireinigung beschlaggenommenen Lederarten in neuer Weise geregelt wird. Die bisher den beauftragten Lieferanten der Heeres- und Marineverwaltungen gemährte Erlaubnis, gegen den Ausweis einer amtlichen Beschlagnahmestelle beschlaggenommenes Leder kaufen zu dürfen ist in Wegfall gekommen. Zur Zeit ist die Veräußerung oder Ablieferung beschlaggenommenen Leders nur noch gestattet, entweder auf Grund einer schriftlichen Anweisung des Lederzweckbestimmtes der Kriegsrohstoff-Abteilung des Reichsamt für den Handel, oder von einer Gerberei oder Gerbereireinigung, oder von einer Gerberei oder Gerbereireinigung, oder auf Grund eines vom Lederzweckbestimmten der Kriegsrohstoff-Abteilung ausgestellten Freigabescheines. Die Anweisungen des Lederzweckbestimmtes an die Firmen werden lediglich auf Grund amtlicher Feststellung des Bedarfes amtlicher Beschlagnahmestellen erteilt und haben vor allen andern Lieferungsverpflichtungen der Gerbereien den Vorrang. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Vittgeluche.** Man schreibt uns: Es mehren sich die Fälle, in denen Personen aus Russland an Firmen und Private in Deutschland Vittgeluche stellen unter dem Vorwande, daß sie verschickte Deutsche und dringend bedürftig seien. — So schreibt letzthin ein gewisser S. Stede in Wetzlaga Vittgeluche zu Hunderten, denen leider zum Teil auch stattgegeben ist. — Wir empfehlen deshalb dringend, alle derartige Vittgeluche zunächst der Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene, Breitenstraße 27, zur Prüfung zu unterbreiten. Nur dadurch ist zu erreichen, daß das Publikum einerseits vor Schaden bewahrt wird, andererseits die wirklich bedürftigen Gefangenen zu ihrem Recht gelangen.

**Die Kanzlerrede vom 27. Februar dieses Jahres** wurde in der letzten Woche an die Schüler und Schülerinnen der hiesigen Schulen verteilt. Das Verfahren, große politische Reden an Kinder zu verabsorgen, besitzt wenigstens in Lübeck noch den Reiz der Neuheit.

**Naturrohre.** Am 1. April ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die die Höchstpreise für Naturrohre (Glantzrohr, Strohrohr, Korbrohr, Malakalrohr), Webdigröh, Flechtroh, Rohrchienen, Rohrbalk, Rohrbalk (Bruchbedig, Webdigröh), Weiden, Weidenäste, Weidenstangen und Weidenrinde festgesetzt werden. Die einzelnen für die verschiedenen Sorten bestimmten Preise ergeben sich aus der Höchstpreistabelle in der Bekanntmachung, die noch einige weitere Bestimmungen über die Art der Berechnung der Preise enthält. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Spinnstoffe.** Am 1. April 1917 tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) in Kraft, welche das bisher geltende Spinn- und Webverbot nebst seinen Nachträgen ersetzt. Sie unterliegt sich von der früheren Bekanntmachung in wesentlichen dadurch, daß ein Teil derjenigen Baumwollspinnstoffe und Garne, die bisher noch beschlagnahmefrei waren, nunmehr ebenfalls der Beschlagnahme unterworfen wird. So ist von jetzt an jeglicher Webereibetrieb beschlagnahmefrei, ferner Kreppgarne, Frattegarne und gekämmte Garne, sowie familiäre baumwollene Ketten, die nicht durch einen nach dem 1. Juli 1916 ausgesetzten Freigabelchein freigegeben worden sind. Ferner haben Baumwollspinnereien und Zwirnereien künftig nicht mehr das Recht, Baumwollseile und Spindelstühle für den Bedarf ihres eigenen Betriebes herzustellen. Endlich kommt die durch § 9 der bisherigen Bekanntmachung für Baumwollspinnereien und Webereien angeordnete Arbeitszeiteinschränkung in Fortfall. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Die Vergütungsfrage für Naturalverpflegung** sowohl für Offiziere, Sanitätsbeamte und obere Beamte als auch für Mannschaften und Unterbeamte, sind durch Bekanntmachung vom 23. März für die Dauer des Krieges verteilt auf die einzelnen Mahlzeiten, wie folgt festgesetzt: a) für die volle Tageskost mit Brot 2 Pf., ohne Brot 1,85 Pf.; b) für die Mittagskost mit Brot 1 Pf., ohne Brot 95 Pf.; c) für die Abendkost mit Brot 67 Pf., ohne Brot 62 Pf.; d) für die Morgenkost mit Brot 33 Pf., ohne Brot 28 Pf.

wb. Ernst Albert im Hanjatheater. Der Senior der Lübecker Bühnenkünstler, der ehemalige jüdische Hofchauspieler Ernst Albert gibt in dem heiteren Stück „Im Krug zum grünen Kranz“ ein vieraktiges Lustspiel. Der Besuch am Sonntag zeigte die Beliebtheit des alten Komikers. Seine Freunde und Verehrer waren in großer Anzahl erschienen, um in dieser ersten traurigen Zeit wieder einmal herzlich lachen zu können. Und der ehemalige Schachtermäster, jegliche Komiker Jobstfeld, den Albert auf die Bühne stellte, reizte wahrhaftig dazu. Möchte er ein noch so griesgrämiger, nörgelnder Rationneur sein, der an Gott und aller Welt, vor allem aber an seinen Kindern etwas auszufehen hatte, seine Komik stimmte heiter. Und schon das Sächseln Alberts kitzelte das Zwerchfell. Den Höhepunkt seiner Darstellung erreichte er in dem Zusammenspiel mit der Keks-Coo und bei seiner Einberufung zum Kriegsdienst. Reiche Blumenpenden und auch ein mit echten Hühnerfedern garniertes Strohstrahlenarrangement wurde dem beliebten Künstler am Schluß des ersten Aktes überreicht. Auch die übrigen Darsteller gaben ihr Bestes, denn im letzten Akt stark abfallenden Stüde zu einem Erfolge zu verhelfen. Herr Grave als Feldwebel und Herr Braun als Hühnerhändler verdienen noch besonders genannt zu werden. Auch der Hafenarbeiter Reimers des Herrn Bunke war ein unwürdiger Typ. Von den Damen gaben Fräulein Harald, Fräulein Schneider und Fräulein Karren lobenswerte Leistungen. Das Publikum spendete viel Beifall.

**Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Dienstag gelangte eine Neueinstudierung von Wagners „Walküre“ zur Aufführung. — Der Leitung des Stadttheaters ist es gelungen, sich für diesen Tag zwei hervorragende Kräfte zu sichern und zwar die Herren Wilhelm Biers und Max Lohning vom Stadttheater Hamburg als „Wotan“ und „Hunding“. Die übrigen Hauptpartien sind mit Frau v. Bander, Fräulein Hügel, Fräulein Weisner und Herrn Kahn besetzt. Die Einstudierung des Musikdramas liegt in den Händen der Herren Kapellmeister Begler und Oberpielerleiter Brischke. — Mittwoch, den 4. April, findet die letzte Aufführung von der beliebten und zugkräftigen Operette „Das Dreimäderlhaus“ statt.

**Die Volkstische** gab im Monat März 33 988 Portionen aus. Gelocht wurde an 31 Tagen; pro Tag durchschnittlich 1096 Portionen. Ferner wurden verabsolgt 4533 große Tassen Kaffee zu 10 Pf., für 3622,75 Mt. Abendessen und für 937,30 Mt. Portionen an Kinder.

**Wohlstand.** Die gutbesuchte Versammlung, die am Sonnabend im Kaffeehaus stattfand, wählte zunächst den bisherigen Vorstand sowie die Ersatzleute wieder. Sodann hielt Genosse Stellung einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Revolution in Russland, am Schluß seiner Ausführungen die Hoffnung Ausdruck gebend, daß die russische Revolution nicht nur dem bisher geknechteten und unterjochten russischen Volke die Freiheit, sondern der ganzen Menschheit den Frieden bringen möge. Eine Diskussion fand nicht statt.

**Hamburg.** Mehr Gehalt. Eine Versammlung von Angehörigen der Vulkanwerft und zwar aller Gruppen kaufmännische, Bureaubeamte, Ingenieure, Techniker und Werkmeister, fand am Freitag statt. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß die Versammlung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Gehälter, die den Angestellten gezahlt werden, nicht mehr in einem erträglichen Verhältnis zu der Leistung der Lebenshaltung stehen und daß sie deshalb eine allgemeine Erhöhung aller Gehälter um mindestens 33 1/2 % neben der Bezahlung von Ueberstunden zur Schaffung einer einigermaßen erträglichen wirtschaftlichen Lage für dringend notwendig erkläre. Ferner soll dafür Sorge werden, daß die Wahl des Angestellten-Ausschusses, der in § 11 des Gesetzes über den waterländischen Hilfsdienst vorgesehen ist, unverzüglich in die Wege gefeitet werde.

**Kaffee.** Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ konnte am 1. April auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Unser mecklenburgisches Parteiorgan erscheint bekanntlich in Koffold und hat es im Laufe des verflossenen Vierteljahrhundert verstanden, sich in allen Orten unseres Nachbarlandes, wo denkende Arbeiter wohnen, Beachtung und Interesse zu verschaffen. Das Blatt hat sich bisher auch verhältnismäßig gut durch die Kriegsnöte hindurch gebracht. Der Vorläufer der Jubiläumswar der „Mecklenburgische Arbeiterzeitung“, der zweimal wöchentlich und zwar erstmalig am 2. Dezember 1876 erschien. Er fiel als eines der ersten unserer Blätter dem Sozialistengesetz im Herbst 1878 zum Opfer. Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ erblühte am 1. April 1892 das „Licht der Druckerzünfte“. Sie hat sich in der Folgezeit reichlich mit ehrenvollen Kampferbeuten bedeckt. Ihr Strafregister weist auf: 1000 Mark Geldstrafe und 3 1/2 Jahre Gefängnis; zweimal erfolgten Beschlagnahmen (1898 und 1915); verboten war die „Volkszeitung“ im Juli 1915 für eine Woche wegen des Abdrucks des Friedensauftrags des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Gegründet wurde die „Mecklenburgische Volkszeitung“ von einigen Schriftsehern, die 1891 bei dem großen Buchdruckerstreik in Koffold gemahregelt worden waren und dort zunächst eine Abzendsdruckeri aufgemacht hatten. Schon 1893 übernahmen die Genossen den Verlag des damals nur noch in der Woche erscheinenden Blattes in Parteieigentum. Der Ankauf und die Ueberführung der Druckerei in Parteieigentum erfolgte erst am 1. Januar 1913. Zur Feier ihres Jubiläum bringt die „Mecklenburgische Volkszeitung“ eine besondere Nummer heraus mit lehrreichen Abhandlungen über die gesamte Arbeiterbewegung in Mecklenburg. Darin wird auch der guten kameradschaftlichen Beziehungen gedacht, welche zwischen den organisierten Arbeitern Mecklenburgs und Lübeds seit vielen Jahren bestehen. Sie sind zu unserer Genugung noch fester geworden, seitdem die Parteioorganisationen in Mecklenburg und Lübed zu einer Bezirksorganisation vereinigt sind. Wir wissen, was gerade die „Mecklenburgische Volkszeitung“ für die Aufklärung der breiten Volksschichten getan hat, welche hervorragende Parteiarbeit von ihr geleistet wurde. Der Krieg hat ihr, wie uns und allen Parteikämpfern, zwar die freien Schwingen gebunden, aber dennoch war sie stets bemüht, die Sache der Arbeiterschaft zu fördern zu fördern. Das geschieht auch dadurch, daß sie alles was sie als die beherrschenden Streitigkeiten innerhalb der Partei bezogarten konnte. Indem wir unsere Glückwünsche zum Jubiläum



„Sprechen, geben wir die Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern ist, die alle Arbeiter wieder zusammenführt zum Kampf für unsere Ideale. In diesem Kampfe wird die „Medienburgische Volkszeitung“ eine schneidende Waffe sein.“

### Theater und Musik.

Im Stadttheater gelangte gestern Abend Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Rose Bernd“ nach längerer Zeit wieder einmal zur Aufführung. Ein Mädchenschicksal von herber Tragik bildet den Inhalt dieses naturalistischen Dramas. Rose Bernd, das fleißige, fröhliche, gesund empfindende Mädchen vom Lande, ist der Verführung des gleichfalls erottisch stark belasteten ehemaligen Leutnants Klammer erlegen, und gleitet dann aus Scham und immer wieder aus Scham die schiefste Ebene hinab, bis sie schließlich zur Mörderin des eigenen Kindes wird. Mit der Gestaltungskraft eines echten Dichters hat Hauptmann die ganze Handlung und die einzelnen Charaktere geformt. Es ist ein Stück Leben, packend und erschütternd. Vielleicht auch nicht ohne Schwächen. Die Aufführung wurde gestern durch die Mitwirkung der Frau Höflich vom Deutschen Theater in Berlin als Rose Bernd ein Erlebnis. Die Bühne verschwand und vor der Seele des Zuschauers stand nur ein junges, blondes Mädchen, das vor Schmerz, Scham und Verzweiflung verging, in dessen Mienen, Stimme und Bewegungen sich jede innere Regung ergreifend ausdrückte. Eine vollstän- dige Figur war ferner der Klammer des Herrn E. H. Sehr wirkungsvoll gab Herr Kowalewski den gemeinen Burschen Streckmann, der Klammer Verhängnis wird. Der alte Bernd und der Klammer bestimmte Bräutigam Reil sind in der Zeichnung des Dichters etwas farblos geraten; sie wurden von den Herren Wiegner und Steinhöfer unaufdringlich verkörpert. Die übrigen Darbietungen geben zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Die von Herrn Sengel inszenierte Vorstellung wurde von dem ausverkauften Saale mit anhaltendem Beifall, der vor allem der unübertrefflichen Leistung der Frau Höflich galt, aufgenommen.

## Wie erlahmen darf die Arbeiterschaft



in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jeder muß eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jedem Anlaß

## für den Lübecker Volksboten zu agieren!

## Neueste Nachrichten.

Kopenhagen, 1. April. Vom 1. April ab ist in Dänemark kein Brot mehr ohne Brotkarte erhältlich.  
 Petersburg, 31. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hat beschlossen, die Todesstrafe abzuschaffen.

### Aus der Partei.

80 000 weiße Proletarier in Süd-Afrika. Wie die „Volkstem“ (Pretoria) mitteilt, wurde in einer kirchlichen Konferenz zu Krügersdorp auf Grund sorgfältiger Ermittlungen berichtet, daß in Süd-Afrika rund 80 000 Weiße sind, die als arm betrachtet werden müssen. Darunter sind 10 000 Familienväter. Man hat u. a. sich mit der Frage beschäftigt, ob die Grubenarbeit in größerem Maße für Weiße in Betracht kommen könne. Ein Grubeninspektor, der sich über die Frage ausführlicher äußerte, machte auf die Schattenseiten dieser Beschäftigung aufmerksam. Die Weißen verlieren in hohem Maße der Mintering (Schwinducht), Berufskrankheit der südafrikanischen Bergarbeiter. Uebrigens hätten sich bereits mehr Weiße der Grubenarbeit zugewendet als man glaube. Viele erwiefen sich aber schon im vorhinigen als zu schwach für die Grubenarbeit. Die beste Lösung würde noch ihre Beschäftigung auf dem Lande sein.

### Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Dahelingebliebenen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Wänderung der Bekanntmachung betreffend die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln vom 13. November 1916.

Der § 3 der oben angeführten Bekanntmachung wird bezüglich der Abgabe von Kartoffeln abgeändert wie folgt:

- § 3.  
 Die Lebensmittelkarten enthalten 4 Abschnitte für je eine halbe Woche:
1. für Brot.
  2. für Fleisch.
  3. für Milch.
  4. für Eier.
  5. für Kartoffeln.
- Auf je zwei Abschnitte darf von den einzelnen Warengruppen nur die jeweils für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck vorgeschriebene eine Wochenmenge gefordert und abgegeben werden und zwar:
1. für Brot.
  2. für Fleisch.
  3. für Milch.
  4. für Eier.
  5. Kartoffeln nur gegen Kartoffelkarten, welche gegen Rückgabe der entsprechenden Abschnitte der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer und unter Vorlegung des Ausweises zur Entnahme von Lebensmittelkarten in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, ausgegeben werden.
- Lübeck, den 31. März 1917. (12)

Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung.

Neuanmeldungen auf Gasanschlüsse und Einbau von Gasmessern können bis auf weiteres nicht entgegengenommen werden.

Lübeck, den 31. März 1917. (3)

Das Betriebsamt.

## Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Verkauf in der Markthalle solange der Vorrat reicht

ausländische rote Speiermöhren 35 Pfg. das Pfund, bei Abgabe bis zu 5 Pfund. (13)

Eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme baumwollener Erzeugnisse und Garne (Spinn- und Webgewebe) (Neufassung der Bekanntmachung Nr. W II 17002, 16 KRA.) wird heute in den amtlichen Zeitungen und durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. April 1917. (5)

Stabs. Generalkommando IX. A. S.

Eine Bekanntmachung über Beschlagnahme und Veran- derung von Kammwolle und Kammwollspinnerei aller Art sowie eine Bekanntmachung über Höchstpreise für Kammwolle aller Art werden heute in den amtlichen Zeitungen und durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. April 1917. (6)

Stabs. Generalkommando IX. A. S.

Eine Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Kammwolle (Spinnerei) und Weberei vom 1. April 1917 (Nr. G. 10232, 17 KRA.) wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. April 1917. (7)

Stabs. Generalkommando IX. A. S.

Eine Nachtragsbekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder vom 1. April 1917 (Nr. L. 883, 17 KRA.) in der Bekanntmachung Nr. CH II. 883, 16 KRA. vom 1. April 1917 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. April 1917. (8)

Stabs. Generalkommando IX. A. S.

Die Kleiderkammer f. Kriegsveteranen, St. Annenstr. 2, wird vom 2. bis 17. April geschlossen sein. (12)

Die Zeremonie vom roten Kreuz.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Julius danken herzlich  
 Jul. Gumpert und Frau  
 nebst Sohn  
 Ravensbüch. 20

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlich  
 Joh. Johannes Petersen u. Frau  
 nebst Tochter  
 Lübeck, Nichte Duerstraße 14

Für die vielen Gratulationen und Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich  
 Frau Thiem 25  
 nebst Sohn Christian.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Heinrich danken herzlich.  
 Joach. Busch und Frau  
 nebst Sohn. 27

Für erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Ernst danken herzlich.  
 J. Sorgenfrei und Frau.  
 Bornwerk. 2

Für die Gratulationen und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich  
 G. Soltwedel und Frau  
 nebst Sohn Ernst. 24

Für die überaus zahlreichen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Annemarie danken herzlich.  
 Ernst Palow und Frau.

Allen Freunden und Genossen die besten Glückwünsche zur Konfirmation.  
 H. Wulff und Frau  
 Mauerhallet.

Meiner weiten Rundschau herzlichsten Glückwunsch zur Konfirmation.  
 Fleischer  
 G. Simon u. Frau  
 Krausenruf 13b. 26

Glaserlehrling  
 gegen Vergütung oder Kost und Wohnung gesucht.  
 Willh. Nehts,  
 Lübeck, Neckenburger Allee 30.

Rahmer und Lagerarbeiter.  
 Dauernde Beschäftigung. Hoher Lohn.  
 Theodor Lüders & Hinz  
 Beckersgrube 48.

Zum 1. Juli eine kleine Wohnung zu vermieten  
 Stadthofstr. Altona, Str. 15.

Ges. 2- od. 3-Zim.-Wohnung.  
 Verleihen, zum 1. Juli.  
 Reventlowstr. 6 I.

Eine gr. Zinkbadewanne zu verkaufen.  
 Beckersgrube 11 a.

Zwei Zehnmarken zu verkaufen.  
 Bismarckstr. 10.

## Betr. Milchlieferung vom 1. Mai 1917 ab.

Wir bitten höflichst diejenigen Bewohner Lübecks, die vom 1. Mai 1917 ab von der Hansa-Meierei Voll-, Mager, Buttermilch und Käse weiter oder neu beziehen wollen, sich in die neue Kundenliste eintragen zu lassen, da zwecks ordnungsmäßiger Bedienung der neuen Verkaufsstellen wegen eine Neueintragung unablässig ist. Formulare können unentgeltlich in folgenden Läden entnommen werden. Alles Nähere auf den Anträgen selbst.  
 Die Anträge werden vom 1. April ab ausgegeben. Die Rückbefragung der Anträge muß am 8. April wegen Weiterbearbeitung der Anträge geschlossen werden.  
 Alle Anträge sind deshalb bis spätestens zum 8. April an die Verkaufsstellen zurückzugeben, wo sie entnommen sind. Die Eintragung und Ablieferung bitten wir nicht zu verzögern, da sonst die Lieferung in Frage gestellt ist.

Hansa-Meierei G. m. b. H. Lübeck.

### Aufstellung

der bisher eingerichteten Verkaufsstellen der Hansa-Meierei G. m. b. H.

### Die Verkaufsstellen unter I

die schon in Betrieb, oder bewohnt sind, geben ihre Anträge selbst aus und nehmen die ausgefüllten Anträge bis zum 8. April zurück.

- |                             |                       |
|-----------------------------|-----------------------|
| Wickedestraße 44            | Pfaffenstraße 7       |
| Westhoffstraße 32           | Johannisstraße 7      |
| Ludwigstraße 35             | *Langer Lohberg 23    |
| Reiterstraße 10a            | Hundestraße 52        |
| Greveradenstraße 9          | Johannisstraße 66     |
| Schwartauer Allee 191       | Fleischhauerstraße 64 |
| Schwartauer Allee 94        | Königstraße 74        |
| Lindenstraße 20-22          | Schlumacherstraße 30  |
| Hansastraße 38              | Aegidienstraße 14     |
| Hansastraße 111             | Mühlenstraße 64       |
| Dornestraße 34              | Parade 8              |
| Dornestraße 5               | Dankwagsgrube 71      |
| Fackenburger Allee 59a-b    | Mariesgrube 29        |
| *Meislinger Allee 4         | Kohlmarkt 13          |
| *Meierstraße 25             | *Lange Reihe 8        |
| Lilienstraße 12             | Arnimstraße 6         |
| Beckersgrube 71             | Lützowstraße 1a       |
| Fischergrube 88             | Ghasotstraße 2        |
| Engelsgrube 70              | Attendorferstraße 31  |
| Engelswisch 28              | Morkerkestraße 2      |
| Gröpelgrube 11              | Bäckerstraße 13a      |
| Augustenstraße 13a          | Kahlhorststraße 8     |
| Kahlhorststraße 53          | Wielandstraße 1       |
| *Umlandstraße, Ecke Koloss. | Adolfstraße 2.        |
| Fünfhausen 8                |                       |

### Für die Verkaufsstellen unter II

die erst am 1. Mai in Betrieb kommen, werden die Anträge in folgenden Verkaufsstellen ausgegeben am 1. April und ausgefüllt zurückgenommen bis zum 8. April.

- |   |
|---|
| Friedenstraße 78 in Westhoffstraße 32   |
| Steinrader Weg 49 in Hansa-Meierei, Fackenburger Allee 59a/b (Verkaufsstelle, nicht Kontor) |
| Fischstraße 12 in Kohlmarkt 13  |
| Mariestraße 67 in Ghasotstraße 2  |
| Spillerstraße 10 in Bäckerstraße 13a  |
| Friedrichstraße 7 in Kahlhorststraße 53   |
| Kranzler Allee 18 in Umlandstraße, Kolosseumecke.   |
- Die mit \* versehenen Läden bedienen nicht frei Haus.  
 Vom 1. Mai ab werden die Milchwaren eingestellt, da die noch vorhandenen Pferde zur Milchheranschaffung vom Lande zur Stadt verwandelt werden müssen.

## Drucksachen aller Art

fertigt an  
 Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Zu kaufen gesucht (6)  
 Hauslandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.  
 Karl Kleinfeld, Walfenhorffstr. 25.  
 Telefon 2480.

Uhren-Reparaturen.  
 Billige Preise. (7)  
 Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.  
 Hermann Voß,  
 Dr.macher Haastr. 71

## Das Grundübel.

Separatdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.  
 Von A. Gerisch.  
 — Preis 15 Pfg. —  
 Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co.  
 Johannisstr. 46.

Schmüde Dein Heim. (8)  
 Empfehle entzückende Stoffblum. in prächtigen Farben, Sublim., Ranken, Jansen, Motif. Allee 49a.

Deutsch-Polnisch.  
 Sprachbüchlein für Feldsoldaten.  
 — Preis 15 Pfg. —

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.  
 — Preis 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.  
 Johannisstraße 46.

Hansa-Theater. (5)  
 Nur bis Mittwoch täglich 7 1/2 Uhr:  
 Direktor Ernst Albert  
 Im Krug zum grün. Kranze  
 Ab 3. April Spezialitätenvorst.

Stadttheater. (8)  
 Dienstag, den 3. April 1917.  
 Anfang 6 1/2 Uhr:  
 Doppelgastspiel Wilhelm Buers und Max Lohling vom Stadttheater Hamburg.

Die Walküre.  
 Wotan . . . Wilhelm Buers.  
 Hunding . . . Max Lohling.  
 Mittwoch, den 4. April 1917  
 Anfang 7 1/2 Uhr:

Das Dreimäderlhaus  
 Donnerstag, den 5. April 1917  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
 Rose Bernd.  
 Schauspiel von G. Hauptmann.



### Zur Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege.

Die Frage, wie nach dem Kriege das gesamte Wirtschaftsleben wieder in das alte Gleise kommt, gebührt zu den brennendsten, die der Krieg uns gebracht hat. Millionen von Arbeitskräften werden aus dem Heere in das bürgerliche Leben zurückzuführen und dann Verhältnisse vorfinden, die sich inzwischen vollständig geändert haben. Wäre der Krieg nur kurz gewesen, dann würde das nicht so in die Erscheinung getreten sein. Aber durch die lange Dauer der Feindseligkeiten und die vollständige Absperrung vom Auslande, durch die enormen Kosten, die zur Führung des Krieges erforderlich waren und gewaltige Kapitalverschönerungen zur Folge hatten, durch die vollständige Umstellung unserer Industrie zu Kriegsindustrie, durch den fast vollständigen Verbrauch vieler Rohstoffe usw. hat sich alles von Grund aus umgestaltet. Es wird eine lange Uebergangszeit vergehen müssen, ehe die Produktionsverhältnisse den früheren wieder einigermaßen gleichen. Soll während dieser Zeit, die auch noch eine Zeit der Teuerung sein wird, nicht namenloses Elend herrschen, dann muß das vielgerühmte deutsche Organisationstalent, das jetzt voll dem Kriege zugute kommt, sich auch der Umstellung der Friedensarbeit widmen. Namentlich der Arbeitsbeschaffung muß es sich zuwenden. Dieser Frage ist eine Petition gewidmet, die die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem Reichstage zugehen ließ.

Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Ueberleitung eines großen Teiles der Kriegsteilnehmer in die Friedenswirtschaft rasch vor sich gehen werde. Dies werde besonders in der Landwirtschaft der Fall sein; der die Kriegsgefangenen und ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte entzogen werden. Auch werde in kleineren und mittleren Städten ein starker Bedarf an Arbeitskräften vorhanden sein. Aber es sei auch mit Sicherheit anzunehmen, daß nach Beendigung des Krieges während der Uebergangsperiode auch Störungen auf dem Arbeitsmarkte eintreten. Möglicherweise sei, daß die in verhältnismäßig kurzer Zeit zurückströmenden Millionen bei noch so guter Vorsorge wieder ihre alte Beschäftigung aufnehmen könnten. Mangel an Rohstoffen werde dabei eine Rolle spielen, die Exportindustrie werde erst nach Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen in Tätigkeit treten, das Baugewerbe werde unter Mangel an Kapital leiden, was auch auf andere Berufe einwirken müsse. Deshalb würden sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben, wobei die Frage, ob auf die Uebergangszeit ein gewerblicher Aufstieg oder Niedergang folgen werde, ganz dahingestellt bleiben solle.

Um dem zu begegnen, müßten rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden. Grundlag müsse sein, daß alle bestehenden Organisationen, soweit sie für die Lösung der Aufgabe in Betracht kommen, heranzuziehen sind und die Errichtung neuer Organisationen möglichst zu vermeiden sei. Notwendig sei, die Interessenten heranzuziehen, besonders die Arbeitgeber, Angestellten- und Arbeiterverbände. Zur Ueberwindung all der Schwierigkeiten erscheine der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Berücksichtigung der folgenden Gesichtspunkte für besonders geeignet:

1. sollen die Kriegsteilnehmer planmäßig nach ihrem letzten Beschäftigungsorte entlassen werden oder, wenn der Entlassene die Zureicherung einer Beschäftigung anderswo nachweist, nach dem entsprechenden Ort. Bei der Entlassung sollen zunächst solche Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden, die für die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens besonders in Betracht kommen, also die Angehörigen der Landwirtschaft und derjenigen Industrien, die nach dem Plane der Uebergangswirtschaft in erster Linie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können und sollen. Hierbei müßten die Heeresbehörden mit dem Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft Hand in Hand gehen. Ferner wird empfohlen, die Personen vorweg zu entlassen, die eine sofortige Beschäftigung nachweisen können, sowie alle die, die für die Inangriffnahme der einzelnen Betriebe zunächst erforderlich sind.

2. soll hingewirkt werden auf die Innehaltung der von den Arbeitgebern abgegebenen Versprechungen, die bei Kriegsausbruch bei ihnen beschäftigt gewesenen Kriegsteilnehmer wieder einzustellen. Dabei sollen die öffentlichen Betriebe vor allem ein gutes Beispiel geben. In den Fällen, wo die Betriebe während des Krieges eingegangen oder in andere Hände übergegangen sind, soll den

Beteiligten ein Verzeichnis der vorhandenen Arbeitsnachweise zugänglich gemacht werden und sie schon vor der Entlassung auf diese Hilfsmittel hingewiesen werden.

3. sei der größte Wert auf eine allen Anforderungen genügende Arbeitsnachweisorganisation zu legen. Zu diesem Zwecke müsse ein lückenloses, gut eingerichtetes Netz von Arbeitsnachweiser in ganz Deutschland vorhanden sein, wozu die Schaffung örtlicher oder bezirkslicher Zentral-Arbeits- und Ausgleichsstellen gehöre. Diese Orts- oder Bezirkszentralen sollen lediglich die nicht ausgleichbaren Posten an den Arbeitsmarkt weitergeben, welche Zusammenstellung vornehmlich den Verbandszentralen und der zugehörigen Arbeitsvermittlung dienlich zu machen sei. Eine gute Verbindung der Arbeitsnachweise untereinander sei durch Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr zu erleichtern.

4. Um der Landwirtschaft, der ein großer Teil der einheimischen Kräfte durch den Krieg dauernd entzogen worden sei, möglichst viel inländische Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu können, sollte eine energische Förderung der ländlichen Siedlungen, die Schaffung der Mietswohnungen für Landarbeiter und ein freies Rechtsverhältnis der ländlichen Arbeiter gefördert werden.

5. müsse durch Bereitstellung öffentlicher Arbeiten in möglichst großem Umfange dafür gesorgt werden, daß heimkehrende Krieger, die weder bei dem früheren Arbeitgeber, noch durch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise untergebracht werden könnten, wieder Arbeit finden. Dabei dürfe nicht gewartet werden, bis die Verhältnisse zum Teil überwunden seien, sondern hier müsse es sich um gut vorbereitete Maßnahmen handeln. Notwendig sei auch die Bildung der privaten Bautätigkeit durch Kreditverleihen.

6. Um die weibliche Arbeitslosigkeit einzuschränken, müßten ebenfalls Aufträge öffentlicher Körperschaften vorbereitet werden, wobei vor allem Aufträge von Reich, Staat und Gemeinde für die Heimarbeit in Betracht kämen.

7. müsse die Einführung ausländischer Arbeitskräfte von der amtlichen Zentralstelle aus so geregelt werden, wobei ausländische Arbeiter nur zugelassen werden sollen, wenn für das betreffende Gewerbe der Nachweis erbracht wird, daß inländische Arbeitskräfte nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind.

8. soll als letztes Glied der für die Entlassung der Kriegsteilnehmer vorzubereitenden Maßnahmen die Arbeitslosenunterstützung vorgezogen werden, die allerdings erst zu gewähren sei, wenn alle Möglichkeiten, Arbeit zu beschaffen, erschöpft seien. Auch wird empfohlen, den Familien der Kriegsteilnehmer die Familienunterstützung noch einen vollen Monat nach der Entlassung ihres Verjorzgers aus dem Heeres- oder MarineDienst weiterzugewähren.

Die von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen können im allgemeinen unterteilt werden. Aber der Punkt 3, der von der Organisation der Arbeitsnachweise spricht, ist anders zu behandeln, als vorgeschlagen wird. Wir weisen hierbei auf die Petition, die gesellschaftliche Regelung der Arbeitsvermittlung betreffend, die von den Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen am 3. März 1915 an den Bundesrat und den Reichstag gegangen ist, und worin die neue Organisation des Arbeitsnachweises durch ein Reichsgesetz, aufgebaut auf städtischen und bezirksämterlichen, gefördert worden ist. Bei dem gegenseitigen Durchsicht der Arbeitsvermittlung ist nicht daran zu denken, daß die Schwierigkeiten, die sich in großen Mengen einstellen werden, überwunden werden können. Nur eine starke Organisation, auf rechtsgesetzlicher, nicht auf selbsthelferischer Grundlage, kann den Gefahren, die der arbeitenden Bevölkerung drohen, in wirksamer Weise steuern. Auch würden nur durch eine solche Vermittlung die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Arbeitsbeschäftigten erheblich verringert.

Wichtiger als dem Patienten erscheint uns auch die Arbeitslosenunterstützung. Es kann nicht angehen, die Leute, die jahrelang für das Vaterland ihre Haut zu Markte getragen haben, auch nur einen Tag ohne Unterstützung zu lassen. Hier genügen die vorgeschlagenen Maßnahmen bei weitem nicht. Die Unterstützung muß sofort einlehen. Die Bedenken, die dem entgegenstehen, werden zum größten Teile gleichfalls durch die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Organisation des Arbeitsnachweises beseitigt.

### Die Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen.

Der Reichstagsausschuß für das Hilfsdienstgesetz beschäftigt sich in seiner Sitzung am Freitag mit der Frage, ob das Hilfsdienstgesetz auf die in Deutschland lebenden Oesterreicher und Ungarn ausgedehnt werden soll.

Unterstaatssekretär Dr. Richter vertrat den Standpunkt, daß eine solche Ausdehnung im Interesse der deutschen Wirtschaft notwendig sei. Durch Verhandlungen mit der österreichisch-ungarischen Regierung sei die Sachlage staatsrechtlich dahin geklärt, daß eine Ausdehnung des Gesetzes auf die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen nichts im Wege stehe. Es könne zweifelhaft sein, ob die Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf die Oesterreicher und Ungarn zu den Kompetenzen des Reichstagsausschusses gehöre. Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit solle man aber kleinliche Bedenken zurückstellen und gemeinsam mit dem Bundesrat die Frage zur Lösung bringen.

Abg. Gröber (Senr.) hält es auch für zweifelhaft, ob die Frage der Ausdehnung des Gesetzes durch den Reichstagsausschuß erledigt werden könne. Er würde aber schließlich bereit sein, sie im beabsichtigten Sinne zu entscheiden.

Abg. Bauer (Soz.) ist der Meinung, daß die Ausdehnung des Gesetzes auf die Oesterreicher und Ungarn eine Veränderung und Erweiterung des Gesetzes bedeute. Der Reichstagsausschuß sei nur zuständig zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen. Eine materielle Ausdehnung des Gesetzes könne nur durch den Reichstag selbst vorgenommen werden. § 1 des Gesetzes lasse keinen Zweifel darüber, daß nur deutsche Reichsangehörige dem Gesetze unterstellt seien. Er könne aber auch nicht anerkennen, daß eine zwingende Notwendigkeit zur Ausdehnung des Gesetzes auf österreichische und ungarische Staatsangehörige bestehe. Die österreichisch-ungarische Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, daß ihre in Deutschland lebenden Staatsangehörigen weiterhin in Deutschland tätig sind. Eine solche Vereinbarung sei von größerem Wert als die Anordnung des Hilfsdienstgesetzes. Das Hilfsdienstgesetz sei für die österreichisch-ungarische Regierung kein Hindernis, ihre Staatsangehörigen nach Oesterreich zurückzuführen.

Abg. Dittmann (SN.) schloß sich dieser Auffassung an. Abg. Gohle (Kp.) teilt die vom Abg. Bauer bezüglich der Zuständigkeit des Reichstagsausschusses geäußerten Bedenken. Er schlägt vor, dem Bundesrat zu empfehlen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 die Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen anzunehmen.

Nach längerer Diskussion gelangte ein Antrag Dr. Reifer (N.) zur Annahme:

Der Ausschuss hat keinen Anlaß, einer auf Grund einer diplomatischen Abmachung zwischen der Reichsleitung und der österreichisch-ungarischen Regierung vom Bundesrat nach Maßgabe des Artikel III des Gesetzes vom 4. August 1914 zu erlassenden Verordnung, wonach die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen zum Hilfsdienst herangezogen werden, entgegen zu sein.

Da die Verhandlungen im Plenum des Reichstages begannen, mußte die Kommission ihre Beratungen abbrechen. Vorgeschlagen wurde, die nächste Sitzung erst beim Wiederauftreten des Reichstages abzuhalten. Ueber die Frage, wann die nächste Sitzung der Kommission stattfinden solle, entspann sich eine längere Debatte. Abg. Bauer (Soz.) beantragte, möglichst bald noch im Laufe der nächsten Woche erneut zusammenzukommen, weil zahlreiche Beschwerden vorlägen, die einer schleunigen Erledigung bedürften. Der Ausschuss müsse Stellung nehmen zu den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes vorzunehmenden Arbeiterauswahl- und Angestelltenauswahlverfahren. Es sei notwendig, eine Frist festzusetzen, innerhalb welcher die Wahlen vorzunehmen seien. Trotzdem das Gesetz bald fünf Monate in Kraft sei, seien die Auswahlverfahren nur in einem kleinen Teil der Betriebe bis her vollzogen worden. An dem Beschluß des Reichstagsausschusses, daß in den industriellen Betrieben der Heeres- und Marinewerwaltung die Arbeiterauswahl allgemein auf Grund der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes gemacht werden sollten, fehlten Militär- und Marinewerwaltung sich nicht. Ja man sei jetzt dazu übergegangen, für jeden Betrieb besondere Schlichtungsausschüsse nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes zu errichten. Dies sei zweifellos gegenwärtig. Es müsse auch über die Behandlung der Reklamierten eingehend gesprochen werden. Eine Verschleppung

### Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dokojewski

181. Fortsetzung.

Wir hatten ein Mädchen im Hause; Parasja hieß sie, die schwarzäugige Parasja, die soeben von einem anderen Dorfe zu uns gekommen war, und im Haus diente. Ich hatte diese noch nie gesehen, sie war sehr hübsch, aber unbeschreiblich dumm; diese drückte sich in Tränen aus, jammerte über den ganzen Hof hin und da ging denn der Standa los. Einmal, nach dem Mittagessen, suchte mich Adodotja Romanowna absichtlich in der Allee auf, im Garten und forderte mit funkelnden Augen von mir, ich solle die ar. Parasja in Ruhe lassen. Dies war wohl das erste Gespräch, welches unter uns beiden stattfand. Ich erachtete es natürlich für meine Ehrenpflicht, ihrem Wunsche nachzukommen und bemühte mich, verwirrt und bestürzt zu erscheinen, spielte auch wirklich meine Rolle nicht schlecht. Es begannen nun gewisse Beziehungen, geheime Auseinandersetzungen, Moralspredigten, Belehrungen, Ertrübungen und Verklemmungen, sogar Mißbräuen — glaubt mir, selbst mit Tränen, zu folgen! Bis zu solcher Maß kann bei manchen Mädchen die Leidenschaft, zu bessern, anzuwachsen! Ich natürlich nahm alles auf meine Kappe, stellte mich büßend und hungernd nach der Erkenntnis und brachte endlich das wichtigste und sicherste Mittel, ein Kontrakt zu gewinnen, in Anwendung; ein Mittel, welches niemals versagt und auf alle ohne Ausnahme überwältigend wirkt, dieses Mittel ist — bekannt genug — die Schmeichelei. Nichts ist schwieriger im Leben, als die Gradlinigkeit, und nichts leichter als die Schmeichelei! Wenn in der Gradlinigkeit nur der hundertste Teil einer Note falsch ist, entsteht sofort eine Dissonanz, und aus ihr — ein Skandal. Wenn aber in der Schmeichelei alles bis auf die letzte Note gefälscht erscheint, so ist diese auch dann noch angenehm und wird nicht ungerne angehört; und wenn es selbst mit einer gewissen halben Befriedigung geschieht, so doch mit Befriedigung. Wie groß auch bisweilen die Schmeichelei wirken mag, die Hälfte von ihr mindestens wird doch immer als Wahrheit betrachtet! Dies gilt für jeden Bildungsgrad und alle Stufen der Gesellschaft! Doch ich will von dem gewöhnlichen Menschen gar nicht reden. Ich kann nicht ohne zu lachen daran denken, wie ich einmal eine, ihrem Gatten, ihren Kindern und Wohlthätern sehr ergebene Dame verführte! War das eine bessere Gesellschaft, und ganz ohne große Mühe! Und die Dame war in der Tat tugendhaft, wenigstens nach ihrer Meinung. All meine Taktik bestand darin, daß ich fortwährend vor ihrer Reinheit auf dem Boden kniete. Ich schmeichelte ihr maßlos, und kaum daß ich soweit war, ihr die Hände drücken zu dürfen, einen Kuss wegen zu können, tadelte ich mich selbst, daß ich ihr dies mit Gewalt abgerungen, daß sie widerstand, so widerstand, daß ich vielleicht nichts erreicht hätte, wenn ich nicht selbst so lasterhaft wäre; in ihrer Unschuld

und ohne die Verstärkung gewahrt zu werden, gab sie sich endlich unbedacht, ohne dessen selbst inne zu werden, ohne es zu wissen. — Kurz, ich erreichte alles und meine Dame blieb dabei außerordentlich überzeugt, daß sie unschuldig und zurückhaltend sei und ihre Pflichten sämtlich erfülle — und doch war sie vollständig gefallen!

Wie geriet sie aber dann in Zorn gegen mich, als ich ihr endlich erklärte, daß sie nach meiner aufrichtigen Ueberzeugung ebenfalls die Lust gehabt habe, wie ich!

Auch die arme Marthe Petronowa war der Schmeichelei sehr zugänglich, und wenn ich nur gewollt hätte, so würde ich wohl ihr ganzes Vermögen schon bei ihren Lebzeiten haben erlangen können. Aber in der Tat, ich trinke heute doch allzuviel Wein! — Ich hoffe, Ihr zürnt mir nicht, wenn ich Euch jetzt daran erinnere, daß jene selbe Wirkung sich auch bei Adodotja Romanowna zu zeigen begann. Ich bin eben selbst töricht und unzedelndig gewesen und hatte alles verdorben. Adodotja Romanowna hatte schon früher mehrmals — einmal ganz besonders — der Ausdruck meiner Augen zurückgeschickt, haßte ich dies für möglich! Es mochte wohl eine zu mächtige und unvorsichtige Glat darin leuchten, die sie in Schreden setzte und ihr schließlich verhaft wurde. Ich will hier nicht Kleinigkeiten erzählen, aber wir trennten uns. Damit beging ich wieder eine Torheit. Ich begann, mich in der allerbesten Weise über jene Besserungswütigen lustig zu machen; Parasja erschien wieder auf der Szene, und jetzt nicht mehr allein, kurz, es begann ein großer Lärm.

Ah, hättet Ihr gesehen, Rodion Romanowitsch, nur einmal in Eurem Leben, die Augen Eurer Schwester, wie sie zu funkelnden Augen wurden. Es tut nichts, daß ich jetzt berauscht bin, und soeben wieder ein ganzes Glas Wein getrunken habe, ich rede die Wahrheit: Ich verfiere Euch, daß ich von jenem Bild träume; schon das Kaufen ihres Kleides vermochte ich endlich nicht mehr zu ertragen. Ich hatte es nie für möglich gehalten, daß ich je bis zu einem solchen Grade von Aufregung gelangen könne. Jedenfalls war ich gezwungen, mich zu beherrschen; aber dies erwies sich als unmöglich; und nun denkt Euch, was ich damals tat! Bis zu einem solchen Grade von Verblöndung kann ein Mensch in der Leidenschaft gelangen: Unternehmt nie etwas in der Wut, Rodion Romanowitsch. In der Annahme, daß Adodotja Romanowna in Wirklichkeit doch sehr arm sei — entschuldigend, ich wollte nicht so sagen — sondern, aber es ist wohl gleichgültig ob sich der Sprichwort damit deckt? — kurz, daß sie von dem Wert ihrer Hände lebe, daß sie auch noch die Mutter zu erhalten habe und daß Ihr — zum Teufel, da macht Ihr wider ein so finstres Gesicht — entsetzt ich mich dazu, ihr all mein Vermögen — ich konnte vielleicht so gegen dreißigtausend Rubel damals käuflich machen — anubieten unter der Bedingung, daß sie mit mir, wenn auch nur hierher, nach Petersburg, fortginge. Ich hätte selbstverständlich ewige Treue, Glück und alles Mögliche gelobt. Glaubt Ihr wohl, daß ich entsetzt gewesen wäre, hätte sie zu mir gesagt: Ermorde oder vergifte Marthe Petronowa und bringe

mich, dies alles sofort zu tun? Aber der Schluß kam in einer Katastrophe. Dieselbe ist Euch schon bekannt, und Ihr werdet selbst ermessen können, bis zu welchem Grade von Raserei ich gekommen sein mag, als ich gehört, daß Adodotja Romanowna neuen erbärmlichen Bureauhäuschen, Luchin, gewonnen und beinahe schon die Hochzeit angetraut habe — daß in Wirklichkeit schon sei, was ich vorgeschlagen hatte! War es wirklich? Wirklich? Ich bemerkte, daß Ihr mir sehr aufmerksam zugehört habt. — Ihr seid ein sehr interessanter junger Mann.

Swidrigailow schlug voll Ungeduld mit der Faust auf den Tisch; er war rot geworden. Kasolnikow erkannte deutlich, daß das anderthalb Glas Champagner, welches er genossen, bereits schwerer auf ihn zu wirken begann — und er beschloß, diese Gelegenheit zu benutzen. Swidrigailow erschien ihm sehr verdächtig.

Ich war auch später der festen Ueberzeugung, sagte er zu diesem offen und unverschämten, um ihn noch mehr zu erregen, daß Ihr hierher kommen würdet meiner Schwester halber.

„D, genug,“ rief Swidrigailow plötzlich, ich habe Euch ja gesagt — und außerdem mag mich ja Eure Schwester auch nicht leiden.“

„Das glaube ich allerdings auch, daß sie nicht mag, doch darum handelt es sich jetzt nicht.“

„Ihr glaubt auch, daß sie mich nicht mag?“ Swidrigailow blinzelte und begann spöttisch zu lächeln. „Ihr habt recht, sie liebt mich nicht; verhört Euch nur niemals für Dinge, welche zwischen Mann und Weib, aber zwischen einem Liebespaar vorzufallen sind. Es gibt da stets eine Gasse, welche meist der ganzen Welt unbekannt bleibt und deren sich nur jene beiden bemächtigt. Ihr verhört Euch dafür, daß Adodotja Romanowna mit Adogen auf mich blinzelt?“

„Aus einigen Worten und Worten Eurer Erzählung habe ich bemerkt, daß Ihr auch jetzt noch Eure niedrigen Absichten und Pläne auf Dunja begt.“

„Wie! Mir wären derartige Worte entfallen?“ fuhr plötzlich Swidrigailow in naivem Erschrecken zusammen, ohne der Besichtigung, die seinen Plänen zuteil geworden war, die geringste Beachtung zu widmen.

„Ja, soeben! Aber weshalb geratet Ihr mir das so sehr in Zukunft? Weshalb erachtet Ihr so?“

„Ich irrtet?“ War Euch? Eher müßt Ihr mich für einen armen! Was für eine Selbstliebe! Uebrigens, ich werde allemal berauscht, ich sehe es; beinahe hätte ich mich verprochen. Zum Teufel auch mit dem Weine! He, Kaiser her!“

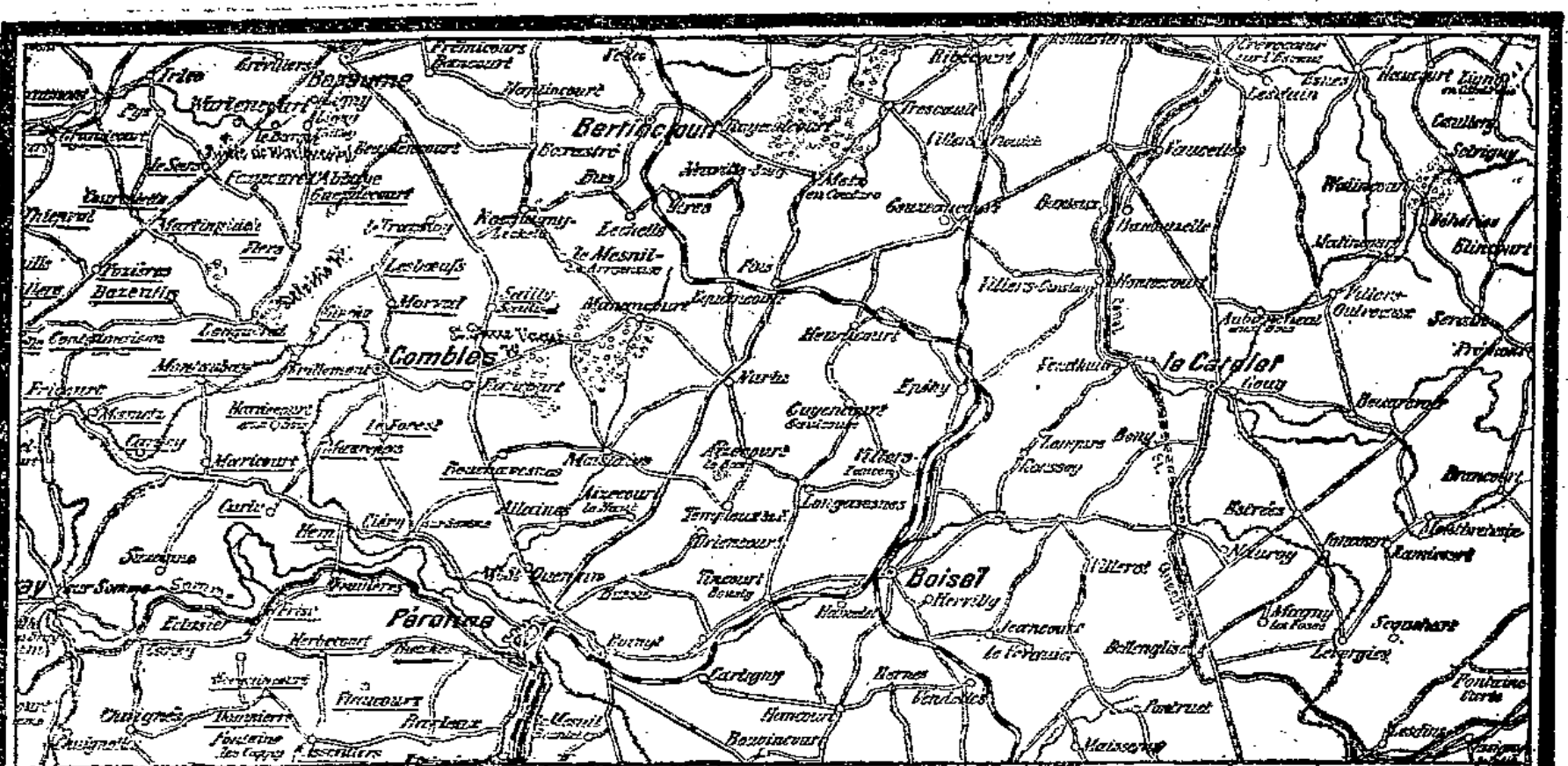
Er ergriß die Boutelle und schleuberte sie ohne Umschweife durchs Fenster hinaus, während Philipp ihm Wasser brachte. (Fortsetzung folgt.)



Die Dinge bis Ende April sei nicht zu verantworten und könne schweren Schaden anrichten. Im Laufe der Debatte erklärte Generalleutnant Gröner sich bereit, seinerseits bis zum Wiederammentritt des Reichstagsausschusses alle Beschwerden einer Prüfung zu unterziehen. — Die Kommission beschloß dann mit Mehrheit, sich bis zum 23. April zu vertagen.

## Die Fahrt der „Möve“.

Ueber seine Fahrt mit der „Möve“ berichtet Graf Dohna-Schlodien vor Vertretern der Presse in Berlin: Auf Grund der eingegangenen Aufklärungsberichte hatte ich mir für meine Fahrt einen ziemlich genauen Plan gemacht. Ich hatte dann auch gleich am ersten Tag: das Glück, einen großen Dampfer zu fischen. Es war dies, wie bereits bekannt, der Dampfer „Voltaire“. Es war schwierig, seine Neutralität festzustellen, weil die Schiffer jetzt keine Flagge mehr führen und die Nationalität nur aus der Bemalung des Schiffes ersichtlich ist. Ich ließ deshalb die Nacht vergehen, ehe ich mich an die „Voltaire“ heranmachte, richtete es aber so ein, daß ich gegen 4 Uhr früh auf etwa 100 Meter an das Schiff herankommen konnte, das Stopp-Signal gab und die Signalfahrt des Dampfers zerküerte, als er verfuhr, funktentelegraphisch Hilfe herbeizurufen. Später konnte ich dann den Dampfer unschädlich machen. Ich kreuzte dann etwa 10 Tage im nordatlantischen Ozean, konnte aber in den ersten drei Tagen kein weiteres Schiff fischen. Später jedoch habe ich jeden Tag einen Dampfer abtum können. Die Schiffe hatten sämtlich eine wertvolle Ladung, zum Teil Kriegsmaterial, eines von ihnen hatte eine Ladung von 1200 Pferden. Das letzte Schiff, welches ich auf diesem Wege nahm, war ein mit 7000 Tonnen Kohlen beladener Dampfer, der von Amerika nach Italien unterwegs war. — Dieses Schiff war mir außerordentlich nützlich. Ich ließ es eine Weile von der „Möve“ begleiten und ergänzte daraus meine Kohlenvorräte. Später habe ich es als Hilfsdampfer eingeleitet, mit funktentelegraphischer Station versehen und es der Führung des Kapitänsleutnants Wolff übergeben, der dann auf eigener Fahrt eine Anzahl wertvoller Gegenstände vernichten konnte. Freilich habe ich schließlich das Hilfsdampfer verlassen lassen müssen, da die Maschinen unbrauchbar wurden und das Schiff nicht mehr benutzt werden konnte. Bis etwa Mitte Dezember funktionierte der funktentelegraphische Dienst an Bord der „Möve“ außerordentlich gut. Ich erhielt regelmäßig täglich den Seeresbericht, die Zeitungsnachrichten und die für mich bestimmten Briefe. Je mehr ich mich jedoch der afrikanischen und dann der amerikanischen Küste näherte, desto schwieriger wurde der funktentelegraphische Dienst wegen der elektrischen Störungen, so daß mir die zweite Hälfte des Dezembers ohne Nachricht blieb. In diesen Gebieten traf ich nur wenige Schiffe an, im ganzen vier. Große Freude erregte es, wie ja wohl bereits bekannt, als am 31. Dezember der Junkspruch wieder zu arbeiten begann, der uns beim Jahreswechsel die Nachricht von der glücklichen Heimkehr der „Arrowdale“ brachte. Auf der weiteren Fahrt im südatlantischen Ozean habe ich mein Hilfsdampfer, dem ich den Namen „Geyer“ gegeben hatte, noch zweimal angetroffen und konnte einmal 2000 Tonnen und ein anderes Mal 1000 Tonnen Kohlen übernehmen, wobei meine Mannschaft hervorragendes leistete, die sich wohl bewußt war, wie wertvoll mir jede Tonne Kohle für meine „Möve“ war. Meine Fahrt führte mich dann weiter nach Kapstadt. — Die Erwartung, dort einen größeren Seeresicht zu finden, bestätigte sich nicht. Es scheint dies mit der dort herrschenden Kohlennot zusammenzuhängen. Der englische Schutz in dem dortigen Seegebiet war zunächst sehr gering. Angeblich bestand er nur aus einem kleinen Kreuzer und mehreren Hilfsdampfern. Später wurde die Zahl der Kreuzer allerdings auf vier erhöht, ebenso die Anzahl der Hilfsdampfer. Ueber die Begegnung mit einem hier bewaffneten englischen Hilfskreuzer berichtet Graf Dohna-Schlodien: Ich hätte es eigentlich vorgezogen, diesem Dampfer anszusehen. Schließlich ist es mir auch durch einen Zufall gelungen, indem ein englisches Handelsdampfer in Sicht kam. Dieses Schiff wurde wohl dann von dem englischen Hilfskreuzer zur „Möve“ gehalten. Jedenfalls griff der englische Kreuzer das Handelsdampfer an. Ich sah in unmittelbarer Nähe des letzteren Grenadiere einschlagen. Die Verfolgung ging weiter. Beide Schiffe schickten schließlich aus meiner Sicht. Wegen der zwischen vorgedrungenen Jahreszeit rührte ich den Kurs nun wieder nach Norden, da ich etwa Anfang März wieder im Heimatgebiet eintrifften wollte. Im atlantischen Ozean hatte ich das Glück, inzwischenerhand gegenüber der Insel St. Helena während ich bei der Ausreise noch etwa 25 Dampfer sah, konnte ich auf der Heimreise keine einzigen mehr erblicken. Ueber das Zusammenreffen mit dem Dampfer „Draht“ berichtet Graf Dohna-Schlodien: „Draht“ war erheblich größer als die „Möve“ und fuhr selbstverständlich auch wesentlich ruhiger. Das Wetter war sehr stürmisch. „Draht“ legte sich auf meinen Anruf zur Wehr. Es entging mir nicht, daß er etwa 20 Minuten ein heftiges Gefecht, wobei es mir gelang, 25 Treffer abzugeben, allerdings war auch die „Möve“ mit drei Schüssen getroffen worden. Beide Schiffe gerieten in Brand. Die „Möve“ bekam ein unangenehmes Leck. Leider zitiert die dem Brande ein größerer Teil meiner Besatzung Brandwunden, teils recht schwere, so daß ein Unteroffizier und sechs Mann ihr Leben verloren. — Auf der „Draht“, deren Besatzung schließlich in die Boote ging und auf die „Möve“ überlief, waren viele Schwerverletzte. Es kann nehmen wir auf der „Möve“ auf. Der Schiffsarzt hatte in den nächsten Tagen mehr als reichlich zu tun. Ueber Island näherte ich mich der deutschen Küste. Das alte deutsche Schiff, dem ich begegnete, war ein Fischdampfer, der jetzt die „Möve“ nicht erkennen und mich durch ein Signal anzuhalten zu hoffen. Wir haben uns dann aber schnell verabschiedet. Wie ich dann glücklich in der Heimat ankam und dort empfangen wurde, ist ja bereits bekannt.



Zur Frontverlegung zwischen Arras und Oise  
Blatt b) Bapaume-Péronne

Großartig natürlich, denn das Gründungskapital beträgt drei Millionen Mark. Die erste Fabrik ist in Waren i. W. schon im Bau begriffen. Uns will scheinen, man könnte mit diesen Millionen das Milchtrankortweien gründlich reorganisieren, indem die Milch aus den verschiedenen Gegenden wieder in in Friedenszeiten schlemmte an die Städte herangeschafft werden könnte und frisch und wertvoll zur Ernährung der Kinder dienste. Reichgesellschaften, welche die notwendigen Nahrungsmittel nur verteuern und so teuer liefern, daß alle Gründungs- und sonstigen Kosten noch während des Kriege bis auf den letzten Pfennig abgeschrieben werden können, haben wir jetzt wirklich genug.

### Herrenhaus und Volksernährung.

In einer langen Sitzung hat sich das Preussische Herrenhaus mit den Ernährungsfragen beschäftigt. Der bekannte Oberagrarier v. Herzberg-Lottin wandte sich scharf gegen die ganzen Zwangsmaßnahmen. Er stellte sich die Sache so vor, daß die Städter sich ihren Bedarf vom Lande holen sollen. Wer keine Verbindungen oder weder Zeit noch Geld zu solchen Expeditionen hat, der — na, den Schluß kann man sich denken. Die Rede des Staatskommissars Michaelis im Abgeordnetenhause hat begreiflicherweise nicht das Wohlgefallen des Herrenhauses gefunden. Die Herabsetzung der Viehpreise ärgert ihn und für die alte konservative Kanalgewerkschaft findet er die Rechtfertigung, daß — die Kanäle im Winter anfristen!

Diesen agrarischen Redereien trat der Oberbürgermeister Koch aus Kassel entgegen. Insbesondere wies er an den herrschen Ercheinungen auf den Gebieten, wo sich nach der freien Handel ausleben darf, die Notwendigkeit der Zwangsregelung nach. Aber wie im Herrenhaus nicht anders zu erwarten, waren die meisten Redner auf der Seite des Herzberg. Landwirtschaftsminister von Schorlemer belohnte sich über Entstellung und Mißdeutung seiner Reden und betonte wieder, daß er niemals einseitig agrarische Interessen vertreten habe.

Aus der großen Zahl der Redner sei der allbeliebte Kammerherr von Oldenburg auf Samichau hervorgehoben, der aber bei seinem Eintreten für die Erweiterung der Mitwirkung des Handels fast gar keine Wige machte, und sich also nicht weiter von den übrigen Agrariern unterschied. Sachlich trat ihm der Breslauer Oberbürgermeister Matting entgegen. Der Minister teilte noch mit, daß nach der letzten Bestandsaufnahme der Kartoffelbestand wieder etwas günstiger zu sein scheint. Allerdings erklärte Graf Rangau, daß man den Landwirten die Saatkartoffeln wegnähme, aber Schorlemer will sie ihnen wiedergeben, wenn es geht.

Gegen Schluß der Sitzung wandte sich Fürst Salm wieder einmal gegen direkte Reichsteuern und er und der Fideikommißbesitzer v. Hynberek wandten sich dagegen, daß Professor Loehning tags zuvor das Wort „Preußen sei ein Polizeistaat“, als nicht jeder Begründung entbehrend hingestellt hatte. Aber der Oberbürgermeister von Halle, Dr. Rive, teilte doch einiges Polizeistaatliches mit und legte dem Wort eines der Wittwaredner „Hände weg von unserm alten Preußen!“ die zeitgemäße Forderung „Hände ran an unser altes Preußen!“ entgegen.

### Ist das noch Warst?

Die Reichfleischstelle hat ausgekuffelt, daß die früher kaum als Handzettel verwendeten Entwürfen (Gurtele) älterer Kinder nach einer Ausbeute von etwa 10 Proz. Fett ergeben, wenn man sie einige Stunden im Dampfkessel kocht. Mit dieser Fettausbeute will sie sich aber noch nicht begnügen, denn es zeigt sich, daß bei diesem Kochprozeß sogar die harten Lustrostknorpel weich werden. Und diese für die Ernährung völlig wertlosen Knorpel empfiehlt nun die Reichfleischstelle in die Würstbäume zu kochen, weil die Verwendung von 3-4 Millionen Kilogramm einen Gewinn von mindestens 1 Millionen Kilogramm fetten Fleisches ergibt. Läßt sich das gewonnene Fett wirklich nicht besser verwerten, und ist es wirklich nötig, daß zu den 3. B. in Berlin als Würstbestandteilen vorgezeichneten 2 Proz. Paraffin, 17 Proz. Bindemittel, 2 Proz. Milz, 12 Proz. Semmel und 24 Proz. Brähe auch noch gewöhnlich erweichte Rindergurgeln kommen? Wer solche Warst kauft, trägt selbst zur Verschlechterung seiner Ernährung bei.

### Der neue Reg.

Endlich werden die Lebensmittelhändler und die Kocher etwas beruhigt angefaßt und nicht nur es ihrem angeschmolzenen Geldbeutel, sondern auch an der mißbräuchlich ausgenutzten Freiheit gepaßt. Unter den Beratungen voriger Woche stellt der Kriegsausschuß für Konsummittelmengen u. a. drei Monate Gefängnis für eine Selbstaufgabe, viermal vierzehn Tage für Selbstaufgaben, dreimal einen Monat und einmal zwei Monate für Kelter, sechs Wochen für einen Milchdampfer und zweimal zwei Monate und je 2000 Mk. Geldstrafe für ein Molterweigergepäck. Ferner ergreifen ein Landwirt zwei Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe und ein Fleischer je drei Monate Gefängnis, drei Wochen Haft und ein Jahr Scherelust. Auf Kocher, unter denen sich bezugsweise auch zwei Berliner Straßenhändler befinden, ermitteln neben zahllosen kleineren Strafen sechs Wochen Gefängnis für einen Kaufmann, je 15000 Mk. auf zwei Kaufmänner, ein Monat und 1000 Mk. auf einen Viehhändler, acht Monate und einmal 12000 Mk. auf einen Großhändler, und einen Kaufmann, acht und sechs Monate auf einen früheren Fleischhändler und seine Angehörigen und zwei Wochen auf eine Fleischhändlerin.

## Aus Nah und Fern.

**Behring's** Sonnabend früh ist der berühmte Marburger Mediziner Emil Adolf Behring, der Entdecker des Diphtherieserums, im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Behring, der am 18. März 1854 in Sansdorf (Westpreußen) geboren ist, studierte an der Berliner Universität und wurde seit 1880 als Militärarzt. Im Jahre 1891 wurde er zugleich Assistent am Institut für Infektionskrankheiten, 1894 außerordentlicher Professor in Halle. 1895 folgte er einem Ruf nach Marburg, wo er bis zu seinem Tode als ordentlicher Professor und Direktor des Hygienischen Instituts tätig war. Den Verdiensten, die er sich um die Ausbildung der Bakteriologie erworben hat, und besonders der Entdeckung des Diphtherieserums verdankt er seinen Weltruf.

**Luftmord.** In Swinemünde wurde in der Randowstraße die etwas schwachsinne Tochter des Fischhändlers Kruse, Olga Kruse, ermordet aufgefunden. Die Leiche wies an den Schläfen verschiedene Stiche auf, anscheinend ist das Mädchen auch vergewaltigt worden.

**Eine Schneekatastrophe in Obersachsen.** Aus Rattomitz wird berichtet: Seit Dienstag nachmittag wirbeln die Schneeflocken ununterbrochen zur Erde nieder und haben diese mit einer Schneeschicht bedeckt, wie wir sie in gleicher Höhe nur in den Apriltagen (16. bis 18.) des Jahres 1903 gesehen haben. Den Fußgängern ist das Vorwärtskommen sehr erschwert, noch mehr aber den Fuhrwerken. Die Hauptstraßen tragen mit erheblicher Verödung ein. Einzelne Strecken sind völlig zugeweiht. Nur mit großer Mühe gelang es, die Gasse freizumachen. Noch mehr hatte die Kleinbahn zu leiden. Leider hat dies Winterwetter in den Gärten und Wäldern riesigen Schaden angerichtet, der der Schneekatastrophe im Jahre 1903 gleichkommen wird. Auf den Straßen Lindenburgs liegen in Schneemassen abgebrochene Äste, Baumkrönen und baumstarke Äste; einen oder mehrere Äste hat fast jeder Baum hergeben müssen. Arg in Mitleidenhaftigkeit gezogen sind der Tonnersmarchhüter und Rebenhüter Markt. Der Lindenburger Forst ist gar nicht passierbar. Telefon- und Telegraphendrähte sind zerissen und liegen auf den Ästen der Häuser, zwischen Bäumen und auf der Straße. Der Kampf gegen die Schneemassen ist mit allen Kräften aufgenommen worden.

**Eine schwere Sturzwunde.** dem „Berl. Echo“ zufolge von einem russischen Kriegsaeroplanen in Bapseln (Kreis Wittichen) verübt. Der Vater schlug die den Stall betretende Tochter des Besitzers Frankfurter mit einem Axtstiel über den Kopf, ebenso die zu Hilfe eilende Mutter. Ferner den Rentempfangsbesitzer. Die vier, sich dem Ratenden in den Weg stellende Beron wurde ebenfalls schwer verletzt. Als ein Nachtmann herbeilief, flüchtete der Russe in eine Scheune und verstaubte sich mit einer Kette zu erhängen, wurde aber daran verhindert. An dem Auskommen der schwerverletzten Tochter wird gearbeitet. Der Beweggrund ist unbekannt.

**Die Bureaucratie denkt an alles.** Im „Karlsruher Volksfreund“ lesen wir: Sie hat schon manches Stück geliefert und war immer dafür besorgt, daß den Wählern der neue Stoff nicht ausreicht. So auch heute noch. Neudruck macht sie sich schwere Gedanken darüber, was alles im Dunklen passieren könnte, wenn bei Fliegergefahr Männern und Weibern in den Kellern schlüfen und sich dort bis zum Eintreten des Schlusssignals aufhalten. Deshalb machen zuerst, wie uns mitgeteilt wird, Schupfleute Erhebungen darüber, ob in Geflüchten und Kabinen, die weiblichen Personal beschütten — bei Fliegergefahr die Trennung der Geschlechter im Keller möglich ist. Man sieht also, daß dem Bureaucraten nicht das geringste verborgen ist, und man wird bald in den Kellern Aufschreien: „Für Damen“ — „Für Herren“ lesen, die bisher nur an andern Orten beobachtet waren. Dann wird in Karlsruhe wirklich nichts mehr passieren. Auf welche Erfahrungen gründet übrigens wohl die Karlsruher Polizei die Notwendigkeit ihres Vorachens?

**Das verschwundene Pensionschwein.** Eines Herrens Fall hat der Schuhwarenfabrikant Schwegler aus Birmasens erlebt. Er gedachte der Fleisch- und Fettnot dadurch aus dem Wege zu gehen, daß er sich ein Pensionschwein zulegte. Es fanden sich auch zwei freundliche Leute, die Maurersfrau Schneider und deren Schwager Weber, die sich bereit erklärten, ein Schwein aufzukaufen und es sorgfältig aufzufüttern, bis es Herr Schwegler für Schlachtfleisch erklären würde. Als aber dieser Augenblick gekommen war, wurden die beiden Schweinemäster anderen Sinnes. Als Schwegler eines Sonntags, wie er das jede Woche tat, erschien, um sich an dem Anblick des immer fetter werdenden Porzellanpöschels zu laben und Träume für die nächste Zukunft zu spinnen, mußte er die traurige Entdeckung machen, daß die Schneider und ihr Schwager das Schwein bereits geschlachtet hatten und daß ein großer Teil des Fleisches bereits den Bez. alles Genießbaren gegangen war. Der Schuhwarenfabrikant wurde furchtbar wütend und hielt sich für betrogen, zumal er für den Ankauf des Schweines und für Futterkosten gegen 300 Mark hingegeben hatte. Er erstattete Anzeige gegen die Schneider und gegen Weber wegen Unterschlagung. Der Anzeige wurde erst auf eine Beschwerde Schweglers hin stattgegeben. Vor dem Schöffengericht mußte der verdächtige Schweinemäster noch erleben, daß die beiden Angeklagten freigesprochen wurden. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß nach den jetztigen Bestimmungen der Fabrikant gar nicht als der Besitzer des Schweines in Betracht kommen konnte, und daß es ferner nur möglich gewesen wäre, unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen das Tier von seinem Einstellungsorte nach Birmasens hineinzuschmuggeln. Die hergegebenen 300 Mk. kann sich der betrogene Fabrikant auf zivilrechtlichem Wege eintragen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Ein nicht befähigter Landrat.

In Kreisstag für den Landkreis Görlitz kam es dieser Tage zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil der zum Landrat gewählte Graf Stramwiz vom Minister des Innern, Herr v. Loebell, nicht befähigt wurde. Der Minister hätte seinen Entschluß darauf, daß der gewählte Landrat nicht lange genug im Landkreis Görlitz wohne. Sein Wohnort in der Stadt Görlitz wurde nicht als ausreichend angesehen. Der Kreisstag war der Meinung, daß der Landrat wegen seiner liberalen Handhabung der Verwaltung nicht befähigt wurde. Gleichzeitig hat der Minister angeordnet, daß das Landratsamt vom 1. April an von einem Herrn von Campius aus Hannover zu verwalten ist.

#### Teilweise Zwangsenteignung eines Großgrundbesitzes.

Die Kriegswirtschaftsstelle in Minden hat gegen einen dortigen Großgrundbesitzer das Enteignungsverfahren eingeleitet. Der Besitzer hatte bereits im vorigen Jahre sehr große Ackerflächen unbefestigt liegen lassen. Das Enteignungsverfahren, das vor seinem Abzug steht, bezieht sich zunächst auf 100 Morgen Ackerland, die von dem Herrn in Bewirtschaftung genommen werden.

## Ernährungsfragen.

**Wasserkraut?** Das Berliner Handelsgericht berichtet die Gründung einer Reichs-Ernährungs-Gesellschaft, die in erster Linie auf die Erzeugung und Verwertung von Nahrungsmitteln abzielt.